

Antrag E 096: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch

Antragsteller*in:	Gewerkschaftsrat
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Der mittlerweile mehr als ein Jahr andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg
- 2 Russlands auf die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nach
- 3 dem Ende des Kalten Krieges massiv beschädigt und unermessliches Leid über die
- 4 Menschen in der Ukraine gebracht.
- 5 Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine,
- 6 die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere Solidarität gehören
- 7 auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen und
- 8 fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.
- 9 ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und verurteilt den brutalen
- 10 Überfall Russlands auf die Ukraine. Die Entscheidung der russischen Führung,
- 11 gewaltsam Grenzen zu verschieben, ihr mehrfach wiederholtes Bestreben, einem
- 12 großrussischen Reich wieder mehr Geltung zu verschaffen – in welchen Grenzen auch
- 13 immer –, ihre Bereitschaft, dafür zahllose Menschenleben unter der Zivilbevölkerung
- 14 in der Ukraine zu vernichten wie auch ihre eigenen Soldat*innen und Söldner*innen zu
- 15 opfern, ist durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren: Russland muss die
- 16 Angriffe einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Dass Russland
- 17 seinen unmenschlichen Angriffskrieg unbeirrt und lediglich gebremst durch die
- 18 ukrainische Verteidigung fortsetzt, stellt die europäische wie auch insgesamt die
- 19 westliche Staatengemeinschaft und alle, die an Frieden und Sicherheit interessiert
- 20 sind, vor schwere Herausforderungen und Dilemmata.
- 21 Die Entscheidung der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung, den russischen
- 22 Angriff auf die Ukraine nicht unbeantwortet zu lassen und der angegriffenen Ukraine
- 23 auf vielfältige Weise zu helfen wie auch Sanktionen zu verhängen, die der russischen
- 24 Führung die Fortsetzung des Angriffskrieges erschweren und russische Oligarchen
- 25 treffen sollen, die das Kriegsregime stützen, war und ist grundsätzlich richtig. Die
- 26 Sanktionen müssen dabei zielgenau sein, ihre Einhaltung konsequent überwacht, die
- 27 Wirksamkeit überprüft und evaluiert und sie müssen gegebenenfalls angepasst werden.
- 28 Die Erwartung, dass Russland die Angriffe sowohl auf militärische Frontlinien auf
- 29 ukrainischem Territorium als auch auf zivile Infrastruktur und die Bevölkerung der
- 30 Ukraine einstellt und sich zumindest aus ukrainischem Territorium in den Grenzen des
- 31 Minsker Abkommens zurückzieht, hat sich bislang nicht erfüllt.
- 32 Die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russischen Angriffe und ihrem Bemühen um
- 33 Wiederherstellung territorialer Integrität auch mit militärischem Material wie Waffen
- 34 aus den Reihen der NATO-Mitglieder zu unterstützen, ist völkerrechtlich zulässig und

35 eine Unterstützung der Angegriffenen, die es ihnen ermöglicht, sich weiter zu
36 verteidigen. Zugleich ergibt sich daraus für die unterstützenden Staaten wie
37 Deutschland eine besondere Verantwortung, mit Blick auf Art, Umfang und Schwere
38 gelieferten militärischen Materials, nicht selbst zu einer Kriegspartei in diesem
39 Konflikt zu werden. Das Wohl der eigenen Bevölkerung darf nicht gefährdet werden.

40 Es gibt in der Bevölkerung unterschiedliche Haltungen, die Sorgen sind unübersehbar:
41 Gewaltsame Grenzverschiebungen dürfen nicht toleriert und die Ukraine den russischen
42 Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert werden. Das wäre auch ein fatales Signal für
43 etwaige Folgetaten oder Nachahmungen und in der Konsequenz auch eine Bedrohung für
44 Deutschland und die osteuropäischen Nachbarstaaten, aber auch für Europa insgesamt
45 und darüber hinaus. Zugleich darf es nicht zu einer weiteren Eskalation dieses
46 Krieges kommen, die die Bevölkerung in Europa oder darüber hinaus gefährdet, etwa
47 indem Russland auf die militärische Unterstützung der Ukraine mit Atomangriffen
48 reagiert. Beide Sichtweisen sind jeweils nachvollziehbare Positionen und schließen
49 sich auch nicht zwingend aus. Auch wenn sie unterschiedliche „Risikofaktoren“ in den
50 Blick nehmen – die jeweils für sich nicht in Abrede zu stellen sind –, treffen sie
51 sich in der Sorge um eine Ausweitung und Zuspitzung des Krieges und dem Wunsch nach
52 Frieden. Sie entsprechen dem Meinungsspektrum auch in der Mitgliedschaft. Diese
53 unterschiedlichen Meinungen haben ihren Platz in ver.di – ver.di steht für einen
54 respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die
55 Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.

56 Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine
57 ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in
58 Kategorien wie „Sieg“ oder „Niederlage“. Das ist problematisch, da so weder
59 Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen
60 werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig
61 tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer
62 Auf- und Hochrüstungsspirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert
63 die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle
64 diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von
65 Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für
66 Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.

67 Russlands Angriff auf die Ukraine hat in Deutschland auch eine Debatte über die
68 zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. Angesichts der
69 Erkenntnis, dass es auch im 21. Jahrhundert mitten in Europa zu weitreichenden
70 militärischen Bedrohungen kommen kann, rücken die Fähigkeiten der Bundeswehr zur
71 Landes- und Bündnisverteidigung in den Vordergrund, die Frage von internationalen
72 Auslandseinsätzen demgegenüber in den Hintergrund. ver.di organisiert viele
73 Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und auch Soldat*innen und tritt für eine
74 Bundeswehr ein, die eine demokratisch kontrollierte Parlamentsarmee bleibt, ihrem
75 grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann und die im
76 Grundgesetz verankerte Trennung ziviler Wehrverwaltung und militärischer Organisation
77 zwingend beachtet. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeberin umfassend an
78 Tarifverträge hält, die Regeln der Mitbestimmung einhält und bei der alle
79 Beschäftigten, einschließlich der Soldat*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre
80 Aufgaben erfüllen können. Dabei ist der Soldat*innenberuf kein Beruf wie jeder

81 andere, weshalb es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen
82 Darstellung der Bundeswehr bedarf. Dazu gehört auch, dass keine Werbung der
83 Bundeswehr unter Minderjährigen erfolgt. Die Entscheidung der Bundesregierung, keine
84 Rekrutierung Minderjähriger zum Dienst an der Waffe mehr zuzulassen war deshalb ein
85 richtiger Schritt.

86 Die Bundeswehr hat angesichts von kostspieligen und teils zweifelhaften
87 Auslandseinsätzen der vergangenen Jahrzehnte einerseits und Sparmaßnahmen
88 andererseits, wie sie auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betrafen,
89 Infrastrukturdefizite und Ausrüstungsmängel bis hin zu unzureichender persönlicher
90 Kleidung von Soldat*innen zu beklagen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch,
91 dass die Organisation und Ausstattung von Streitkräften nach
92 Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und unter Privatisierung vormals öffentlicher
93 Aufgaben wie Bewachung, Fahrdienst oder Verpflegung gerade im zivilen Bereich der
94 Bundeswehr ein Fehler war. Wie auch in anderen Bereichen gilt, dass der Staat eine
95 originär staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge wie Verteidigung auch in öffentlicher
96 Hand wahrnehmen muss. Die Behebung der bestehenden Mängel bedarf finanzieller Mittel.
97 Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc Schulden in Form
98 eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus
99 dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie
100 KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale
101 Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven
102 Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur
103 ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher
104 von ver.di abgelehnt.

105 Noch kritischer ist das Vorhaben der Bundesregierung zu sehen, das Zwei-Prozent-Ziel
106 der NATO dauerhaft erfüllen oder übererfüllen zu wollen. Abgesehen von den massiven
107 Mehrausgaben, die wir ablehnen, ausgehend von den derzeitigen Verteidigungsausgaben
108 in Höhe von ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, werden Militärausgaben damit
109 an konjunkturelle Schwankungen gekoppelt, nach der sie bei guter Konjunktur stark
110 ansteigen, in einer Rezession aber auch sinken können. Das Zwei-Prozent-Ziel ist
111 keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und
112 wird daher von ver.di abgelehnt. Konkrete Ausstattungsbedarfe der Bundeswehr müssen
113 politisch entschieden und öffentlich diskutiert werden. Sie bedürfen der
114 parlamentarischen Kontrolle und demokratischen Debatte und nicht eines
115 konjunkturabhängigen Automatismus. Der richtige politische Maßstab ist, die
116 finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an dem zu bemessen, was zur Erfüllung ihrer
117 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Dafür setzt ver.di
118 sich auch im Interesse der Kolleg*innen in der Bundeswehr ein.

119 So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine keine 1.000 Kilometer von
120 deutschen Grenzen entfernt ist, es darf daraus nicht der Schluss einer grenzenlosen
121 Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden. Das betrifft zum
122 einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer
123 Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und
124 Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle
125 Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und
126 Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt

127 oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf,
128 sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das
129 die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete
130 Modernisierung der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird.
131 Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar,
132 die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in
133 räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die
134 Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer
135 Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinarbeiten,
136 dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den
137 Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

138 Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und
139 gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine
140 teilweise weiter aus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im
141 Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie
142 Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer
143 körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben
144 frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die
145 internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss die
146 Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

147 Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den
148 letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische
149 Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in
150 Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln
151 von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen
152 Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen
153 die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam,
154 mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver
155 Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine
156 und weltweite kontrollierte Abrüstung.

157 ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht
158 nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit,
159 Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung,
160 ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt
161 Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die
162 Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere
163 Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf
164 vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich
165 niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende
166 Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und
167 dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an
168 deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der
169 europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung
170 verpflichtet sieht.

171 Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger*innen zu
172 verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen

- 173 Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten
- 174 Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.

Antrag E 097: Kein Aufrüstungspaket und keine Steigerung des Militäretats! Steckt dieses Geld ins Gesundheitswesen, in Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie in die Bekämpfung von Armut!

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Stuttgart
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme als Arbeitsmaterial zu Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di lehnt das Aufrüstungspaket der Bundesregierung mit 100 Milliarden Euro
- 2 Sondervermögen und die Steigerung des Militäretats auf zwei oder mehr Prozent des
- 3 Bruttoinlandsproduktes ab.
- 4 ver.di stellt sich gegen jegliche atomare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland,
- 5 auch durch den Kauf von Kampffjets, die Atombomben transportieren können. Wir fordern
- 6 nach wie vor, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.
- 7 ver.di fordert stattdessen, das Geld zu verwenden für das Gesundheitswesen, Soziales,
- 8 Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie zur
- 9 Bekämpfung von Armut.
- 10 ver.di engagiert sich für diese Ziele gegenüber der Bundesregierung, mobilisiert die
- 11 eigenen Mitglieder für diese Ziele und arbeitet dafür mit der Friedensbewegung und
- 12 allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen.

Begründung

Wenn die Bundesregierung ihre Vorhaben umsetzt, würde das bedeuten, mehr als 170 Milliarden Euro für die Rüstung auszugeben. Das sind mehr als 4.000,- Euro pro Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland für Panzer, Kriegsschiffe und Kampffjets, die Atombomben transportieren sollen. Mit dieser Entscheidung wird auch an der gefährlichen Strategie der atomaren Abschreckung festgehalten.

Der deutsche Rüstungshaushalt ist seit 2015 um mehr als ein Drittel gestiegen – von rund 32 Milliarden Euro auf mittlerweile rund 50 Milliarden Euro im Jahr 2022. Wenn die Bundeswehr trotz dieser Ausgaben „blank“ oder „nackt“ dasteht, 50 Milliarden Euro also nicht reichen, „dann muss gefragt werden, was da eigentlich falsch läuft anstatt noch zusätzliches Geld hinterher zu werfen“, argumentiert der Bundestagsabgeordnete Frank Bsirske und fügt hinzu: „Die Bundeswehr hat ein Ausrüstungs-, aber kein Aufrüstungsdefizit.“ Wenn die Bundeswehr trotz des bestehenden Etats nackt sei, dann sei das ein „Desaster für diejenigen, die die politische Verantwortung hatten“, so Bsirske. Es sei ein „Offenbarungseid“ für die Kontrolle der Politik der unionsgeführten Verteidigungsministerien der letzten Jahrzehnte, erklärt Frank Bsirske. (Alle Zitate von Frank Bsirske vom 3. März 2022 aus Regensburg-digital).

Statt den Rüstungshaushalt enorm aufzublähen, ist es sinnvoll, dringende gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren, wie das desolate Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung. Diese Aufrüstung wird sich auch negativ auf unsere Tarifrunden auswirken. Mit einer Vermögensabgabe für Milliardäre

müssen die sozialen und ökologischen Aufgaben finanziert werden, wie auch der Preisanstieg für Energie bei den ärmeren Teilen der Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit stärkt demokratische Gesellschaften.

Bei dem 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungspaket für die Bundeswehr geht es nicht um den am 24. Februar 2022 begonnenen Krieg Russlands gegen die Ukraine, sondern um das seit vielen Jahren diskutierte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit gestoßen ist. Im Windschatten des Ukrainekriegs konnte es problemlos beschlossen werden. Es geht hier um eine langfristige Positionierung (in) der NATO und in Europa.

Diese massive Aufrüstung der Bundeswehr führt eher in Richtung eines neuen Wettrüstens und langen Kalten Krieges. Das ist teuer und gefährlich.

Antrag E 098: Kein Aufrüstungspaket und keine Steigerung des Militäretats! Steckt dieses Geld ins Gesundheitswesen, in Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie in die Bekämpfung von Armut!

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Wortgleich mit lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di lehnt das Aufrüstungspaket der Bundesregierung mit 100 Milliarden Euro
- 2 Sondervermögen und die Steigerung des Militäretats auf zwei oder mehr Prozent des
- 3 Bruttoinlandsproduktes ab.
- 4 ver.di stellt sich gegen jegliche atomare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland,
- 5 auch durch den Kauf von Kampffjets, die Atombomben transportieren können. Wir fordern
- 6 nach wie vor, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.
- 7 ver.di fordert stattdessen, das Geld zu verwenden für das Gesundheitswesen, Soziales,
- 8 Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie zur
- 9 Bekämpfung von Armut.
- 10 ver.di engagiert sich für diese Ziele gegenüber der Bundesregierung, mobilisiert die
- 11 eigenen Mitglieder für diese Ziele und arbeitet dafür mit der Friedensbewegung und
- 12 allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen.

Begründung

Wenn die Bundesregierung ihre Vorhaben umsetzt, würde das bedeuten, mehr als 170 Milliarden Euro für die Rüstung auszugeben. Das sind mehr als 4.000,- Euro pro Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland für Panzer, Kriegsschiffe und Kampffjets, die Atombomben transportieren sollen. Mit dieser Entscheidung wird auch an der gefährlichen Strategie der atomaren Abschreckung festgehalten.

Der deutsche Rüstungshaushalt ist seit 2015 um mehr als ein Drittel gestiegen – von rund 32 Milliarden Euro auf mittlerweile rund 50 Milliarden Euro im Jahr 2022. Wenn die Bundeswehr trotz dieser Ausgaben „blank“ oder „nackt“ dasteht, 50 Milliarden Euro also nicht reichen, „dann muss gefragt werden, was da eigentlich falsch läuft anstatt noch zusätzliches Geld hinterher zu werfen“, argumentiert der Bundestagsabgeordnete Frank Bsirske und fügt hinzu: „Die Bundeswehr hat ein Ausrüstungs-, aber kein Aufrüstungsdefizit.“ Wenn die Bundeswehr trotz des bestehenden Etats nackt sei, dann sei das ein „Desaster für diejenigen, die die politische Verantwortung hatten“, so Bsirske. Es sei ein „Offenbarungseid“ für die Kontrolle der Politik der unionsgeführten Verteidigungsministerien der letzten Jahrzehnte, erklärt Frank Bsirske. (Alle Zitate von Frank Bsirske vom 3. März 2022 aus Regensburg-digital).

Statt den Rüstungshaushalt enorm aufzublähen, ist es sinnvoll, dringende gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren, wie das desolate Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung. Diese Aufrüstung wird sich auch negativ auf unsere Tarifrunden auswirken. Mit einer Vermögensabgabe für Milliardäre

müssen die sozialen und ökologischen Aufgaben finanziert werden, wie auch der Preisanstieg für Energie bei den ärmeren Teilen der Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit stärkt demokratische Gesellschaften.

Bei dem 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungspaket für die Bundeswehr geht es nicht um den am 24. Februar 2022 begonnenen Krieg Russlands gegen die Ukraine, sondern um das seit vielen Jahren diskutierte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit gestoßen ist. Im Windschatten des Ukrainekriegs konnte es problemlos beschlossen werden. Es geht hier um eine langfristige Positionierung (in) der NATO und in Europa.

Diese massive Aufrüstung der Bundeswehr führt eher in Richtung eines neuen Wettrüstens und langen Kalten Krieges. Das ist teuer und gefährlich.

Antrag E 099: Kein Aufrüstungspaket und keine Steigerung des Militäretats! Steckt dieses Geld ins Gesundheitswesen, in Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie in die Bekämpfung von Armut!

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Hannover-Heide-Weser
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Das Aufrüstungspaket der Bundesregierung mit 100 Milliarden Euro Sondervermögen und
- 2 die Steigerung des Militäretats auf über zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes wird
- 3 von ver.di abgelehnt.
- 4 ver.di stellt sich gegen jegliche atomare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland,
- 5 auch durch den Kauf von Kampffjets, die Atombomben transportieren können.
- 6 ver.di fordert stattdessen das Geld zu verwenden für das Gesundheitswesen, Soziales,
- 7 Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie zur
- 8 Bekämpfung von Armut.
- 9 ver.di engagiert sich für diese Ziele gegenüber der Bundesregierung, mobilisiert die
- 10 eigenen Mitglieder für diese Ziele und arbeitet dafür mit der Friedensbewegung und
- 11 allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen.

Begründung

Die Bundesregierung gibt jetzt die stolze Summe von 171 Milliarden Euro für Rüstung aus. Das sind mehr als 4.000,- Euro pro Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland für Panzer, Kriegsschiffe und Kampffjets, die Atombomben transportieren sollen. Mit dieser Entscheidung wird an der gefährlichen Strategie der atomaren Abschreckung festgehalten.

Der deutsche Rüstungshaushalt ist seit 2015 um mehr als ein Drittel gestiegen – von rund 32 Milliarden Euro auf mittlerweile rund 50 Milliarden Euro im Jahr 2022. Wenn die Bundeswehr trotz dieser Ausgaben „blank“ oder „nackt“ dasteht, 50 Milliarden Euro also nicht reichen, „dann muss gefragt werden, was da eigentlich falsch läuft anstatt noch zusätzliches Geld hinterher zu werfen“, argumentiert der Bundestagsabgeordnete Frank Bsirske und fügt hinzu: „Die Bundeswehr hat ein Ausrüstungs-, aber kein Aufrüstungsdefizit.“ Wenn die Bundeswehr trotz des bestehenden Etats nackt sei, dann sei das ein „Desaster für diejenigen, die die politische Verantwortung hatten“, so Bsirske. Es sei ein „Offenbarungseid“ für die Kontrolle der Politik der unionsgeführten Verteidigungsministerien der letzten Jahrzehnte, erklärt Frank Bsirske. (Alle Zitate von Frank Bsirske vom 3. März 2022 aus regensburg-digital).

Statt den Rüstungshaushalt enorm aufzublähen, ist es sinnvoll, dringende gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren, wie das desolate Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung. Diese Aufrüstung wird sich auch negativ auf unsere Tarifrunden auswirken. Mit einer Vermögensabgabe für Milliardäre müssen die sozialen und ökologischen Aufgaben finanziert werden, wie auch der Preisanstieg für Energie

bei den ärmeren Teilen der Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit stärkt demokratische Gesellschaften.

Bei dem 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungspaket für die Bundeswehr geht es nicht um den am 24. Februar 2022 begonnenen Krieg Russlands gegen die Ukraine, sondern um das seit vielen Jahren diskutierte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit gestoßen ist. Im Windschatten des Ukraine-Krieges konnte es problemlos beschlossen werden. Es geht hier um eine langfristige Positionierung (in) der NATO und in Europa.

Diese massive Aufrüstung der Bundeswehr führt eher in Richtung eines neuen Wettrüstens und langen Kalten Krieges. Das ist teuer und gefährlich.

Antrag E 100: ver.di lehnt das Aufrüstungspaket der Bundesregierung 100 Milliarden Euro Sondervermögen und die Steigerung des Militäretats auf zwei oder mehr Prozent des Bruttoinlandsproduktes ab

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di stellt sich gegen jegliche atomare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland,
- 2 auch durch den Kauf von Kampffjets, die Atombomben transportieren können. Wir fordern
- 3 nach wie vor, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.
- 4 ver.di lehnt das Aufrüstungspaket der Bundesregierung 100 Milliarden Euro
- 5 Sondervermögen und die Steigerung des Militäretats auf zwei oder mehr Prozent des
- 6 Bruttoinlandsproduktes ab und fordert stattdessen, das Geld zu verwenden für das
- 7 Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und
- 8 Infrastrukturmaßnahmen sowie zur Bekämpfung von Armut.
- 9 ver.di engagiert sich für diese Ziele gegenüber der Bundesregierung, mobilisiert die
- 10 eigenen Mitglieder für diese Ziele und arbeitet dafür mit der Friedensbewegung und
- 11 allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die die gleichen Ziele verfolgen.

Begründung

Die – lange geplante – Hochrüstung hilft der Ukraine nicht. Die weitere Steigerung der 18-fachen militärischen Überlegenheit der NATO gegenüber Russland auf das 25-fache wird Russland nicht von seinem kriegerischen Weg abbringen, sondern eher seine Bedrohungsängste weiter steigern.

Sie führt in Richtung eines neuen Wettrüstens und eines langen Kalten Krieges mit erhöhtem Risiko eines neuen Weltkrieges, der dann vermutlich der letzte sein wird.

Wenn die Bundesregierung ihre Vorhaben umsetzt, würde das bedeuten, innerhalb eines Jahres mehr als 170 Milliarden Euro für die Rüstung auszugeben. Das sind mehr als 4.000,- Euro pro Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland für Panzer, Kriegsschiffe und Kampffjets, die Atombomben transportieren sollen. Mit dieser Entscheidung wird gleichzeitig an der gefährlichen Strategie der atomaren Abschreckung festgehalten.

Der deutsche Rüstungshaushalt ist seit 2015 um mehr als ein Drittel gestiegen – von rund 32 Milliarden Euro auf mittlerweile rund 50 Milliarden Euro im Jahr 2022. Wenn die Bundeswehr trotz dieser Ausgaben „blank“ oder „nackt“ dasteht, 50 Milliarden Euro also nicht reichen, „dann muss gefragt werden, was da eigentlich falsch läuft anstatt noch zusätzliches Geld hinterher zu werfen“, argumentiert unser früherer Bundesvorsitzender und heutiger Bundestagsabgeordneter Frank Bsirske und fügt hinzu: „Die Bundeswehr hat ein Ausrüstungs-, aber kein Aufrüstungsdefizit.“

Wenn die Bundeswehr trotz des bestehenden Etats „nackt“ sei, dann sei das ein „Desaster diejenigen, die

die politische Verantwortung hatten“, so Bsirske. Es sei ein „Offenbarungseid“ für die Kontrolle der Politik der unionsgeführten Verteidigungsministerien der letzten Jahrzehnte, erklärt Frank Bsirske. (Alle Zitate von Frank Bsirske vom 3. März 2022 aus regensburg-digital).

Statt den Rüstungshaushalt jetzt enorm aufzublähen, ist es notwendig, dringende gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren, wie Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung.

Die geplante Aufrüstung würde sich auch negativ auf unsere Tarifrunden im öffentlichen Sektor auswirken. Durch eine Vermögensabgabe für Milliardäre müssen die sozialen und ökologischen Aufgaben finanziert werden, muss der Preisanstieg für Energie bei den ärmeren Teilen der Gesellschaft ausgeglichen werden.

Soziale Gerechtigkeit stärkt demokratische Gesellschaften! Bei dem 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungspaket für die Bundeswehr geht es nicht um den am 24. Februar 2022 von Russland entfesselten Krieg in der Ukraine, sondern um das seit vielen Jahren geforderte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere auch der Gewerkschaften, gestoßen ist. Im Windschatten des Ukrainekrieges und unter Ausnutzung der Empörung über diesen völkerrechtswidrigen, verbrecherischen Angriff wurde es im Deutschen Bundestag parteiübergreifend (mit wenigen Ausnahmen) beklatscht.

Antrag E 101: Kein Aufrüstungspaket und keine Steigerung des Militäretats

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand Lübeck-Südostholstein
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Steckt dieses Geld ins Gesundheitswesen, in Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-,
- 2 Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie in die Bekämpfung von Armut!
- 3 ver.di lehnt das Aufrüstungspaket der Bundesregierung mit 100 Milliarden Euro
- 4 Sondervermögen und die Steigerung des Militäretats auf zwei oder mehr Prozent des
- 5 Bruttoinlandsproduktes ab.
- 6 ver.di stellt sich gegen jegliche atomare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschlands,
- 7 auch durch den Kauf von Kampfjets, die Atombomben transportieren können. Wir fordern
- 8 nach wie vor, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.
- 9 ver.di fordert stattdessen, das Geld zu verwenden für zusätzliche 160.000
- 10 Vollzeitstellen in der Krankenhauspflege, mindestens 600.000 Vollzeitstellen in der
- 11 Altenpflege, 400.000 Vollzeitstellen im Kita-Bereich, 20.000 Sozialpädagog*innen,
- 12 mindestens 50.000 Lehrer*innen, aber auch für die Umwelt-, Klima-, Energiewende- und
- 13 Infrastrukturmaßnahmen sowie zur Bekämpfung von zunehmender Armut.
- 14 ver.di engagiert sich für diese Ziele gegenüber der Bundesregierung, mobilisiert die
- 15 eigenen Mitglieder für diese Ziele und arbeitet dafür mit der Friedensbewegung und
- 16 allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die die gleichen Ziele verfolgen.

Begründung

Wenn die Bundesregierung ihre Vorhaben umsetzt, würde das bedeuten, innerhalb eines Jahres mehr als 170 Milliarden Euro für die Rüstung auszugeben. Das sind mehr als 4.000,- Euro pro Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland für Panzer, Kriegsschiffe und Kampfjets, die Atombomben transportieren sollen. Mit dieser Entscheidung wird gleichzeitig an der gefährlichen Strategie der atomaren Abschreckung festgehalten.

Der deutsche Rüstungshaushalt ist seit 2015 um mehr als ein Drittel gestiegen – von rund 32 Milliarden Euro auf mittlerweile rund 50 Milliarden Euro im Jahr 2022. Wenn die Bundeswehr trotz dieser Ausgaben „blank“ oder „nackt“ dasteht, 50 Milliarden Euro also nicht reichen, „dann muss gefragt werden, was da eigentlich falsch läuft anstatt noch zusätzliches Geld hinterher zu werfen“, argumentiert unser früherer Bundesvorsitzender, heutiger grüner Bundestagsabgeordneter Frank Bsirske und fügt hinzu: „Die Bundeswehr hat ein Ausrüstungs-, aber kein Aufrüstungsdefizit.“ Wenn die Bundeswehr trotz des bestehenden Etats „nackt“ sei, dann sei das ein „Desaster für diejenigen, die die politische Verantwortung hatten“, so Bsirske. Es sei ein „Offenbarungseid“ für die Kontrolle der Politik der unionsgeführten Verteidigungsministerien der letzten Jahrzehnte, erklärt Frank Bsirske. (Alle Zitate von Frank Bsirske vom 3. März 2022 aus regensburg-digital).

Statt den Rüstungshaushalt jetzt enorm aufzublähen, ist es notwendig, dringende gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren wie Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung. Die geplante Aufrüstung würde sich auch negativ auf unsere Tarifrunden im öffentlichen Sektor auswirken. Durch eine Vermögensabgabe für Milliardäre müssen die sozialen und ökologischen Aufgaben finanziert werden, muss der Preisanstieg für Energie bei den ärmeren Teilen der Gesellschaft ausgeglichen werden. Soziale Gerechtigkeit stärkt demokratische Gesellschaften!

Bei dem 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungspaket für die Bundeswehr geht es nicht um den am 24. Februar 2022 von Russland entfesselten Krieg in der Ukraine, sondern um das seit vielen Jahren geforderte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere auch der Gewerkschaften, gestoßen ist. Im Windschatten des Ukrainekrieges und unter Ausnutzung der Empörung über diesen völkerrechtswidrigen Angriff wurde es im Deutschen Bundestag parteiübergreifend (mit wenigen Ausnahmen) beklatscht.

Die – lange geplante – Hochrüstung hilft der Ukraine nicht. Die weitere Steigerung der 18-fachen militärischen Überlegenheit der NATO gegenüber Russland auf das 25-fache wird Russland nicht von seinem kriegerischen Weg abbringen, sondern eher seine Bedrohungsängste weiter steigern. Sie führt in Richtung eines neuen Wettrüstens und eines langen Kalten Krieges mit erhöhtem Risiko eines neuen Weltkrieges, der dann vermutlich der letzte sein wird.

Dieser Antrag stimmt überein mit der am 24. März 2022 zum Ukraine-Krieg beschlossenen Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrates.

Antrag E 102: Kein Aufrüstungspaket und keine Steigerung des Militäretats

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Nord
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Wortgleich mit lfd.-Nr. 50
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Steckt dieses Geld ins Gesundheitswesen, in Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-,
- 2 Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie in die Bekämpfung von Armut!
- 3 ver.di lehnt das Aufrüstungspaket der Bundesregierung mit 100 Milliarden Euro
- 4 Sondervermögen und die Steigerung des Militäretats auf zwei oder mehr Prozent des
- 5 Bruttoinlandsproduktes ab.
- 6 ver.di stellt sich gegen jegliche atomare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland,
- 7 auch durch den Kauf von Kampfjets, die Atombomben transportieren können. Wir fordern
- 8 nach wie vor, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.
- 9 ver.di fordert stattdessen, das Geld zu verwenden für zusätzliche 160.000
- 10 Vollzeitstellen in der Krankenhauspflege, mindestens 600.000 Vollzeitstellen in der
- 11 Altenpflege, 400.000 Vollzeitstellen im Kita-Bereich, 20.000 Sozialpädagog*innen,
- 12 mindestens 50.000 Lehrer*innen, aber auch für die Umwelt-, Klima-, Energiewende- und
- 13 Infrastrukturmaßnahmen sowie zur Bekämpfung von zunehmender Armut.
- 14 ver.di engagiert sich für diese Ziele gegenüber der Bundesregierung, mobilisiert die
- 15 eigenen Mitglieder für diese Ziele und arbeitet dafür mit der Friedensbewegung und
- 16 allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die die gleichen Ziele verfolgen.

Begründung

Wenn die Bundesregierung ihre Vorhaben umsetzt, würde das bedeuten, innerhalb eines Jahres mehr als 170 Milliarden Euro für die Rüstung auszugeben. Das sind mehr als 4.000,- Euro pro Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland für Panzer, Kriegsschiffe und Kampfjets, die Atombomben transportieren sollen. Mit dieser Entscheidung wird gleichzeitig an der gefährlichen Strategie der atomaren Abschreckung festgehalten.

Der deutsche Rüstungshaushalt ist seit 2015 um mehr als ein Drittel gestiegen – von rund 32 Milliarden Euro auf mittlerweile rund 50 Milliarden Euro im Jahr 2022. Wenn die Bundeswehr trotz dieser Ausgaben „blank“ oder „nackt“ dasteht, 50 Milliarden Euro also nicht reichen, „dann muss gefragt werden, was da eigentlich falsch läuft anstatt noch zusätzliches Geld hinterher zu werfen“, argumentiert unser früherer Bundesvorsitzender, heutiger grüner Bundestagsabgeordneter Frank Bsirske und fügt hinzu: „Die Bundeswehr hat ein Ausrüstungs-, aber kein Aufrüstungsdefizit.“ Wenn die Bundeswehr trotz des bestehenden Etats „nackt“ sei, dann sei das ein „Desaster für diejenigen, die die politische Verantwortung hatten“, so Bsirske. Es sei ein „Offenbarungseid“ für die Kontrolle der Politik der unionsgeführten Verteidigungsministerien der letzten Jahrzehnte, erklärt Frank Bsirske. (Alle Zitate von Frank Bsirske vom 3. März 2022 aus regensburg-digital).

Statt den Rüstungshaushalt jetzt enorm aufzublähen, ist es notwendig, dringende gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren, wie Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung. Die geplante Aufrüstung würde sich auch negativ auf unsere Tarifrunden im öffentlichen Sektor auswirken. Durch eine Vermögensabgabe für Milliardäre müssen die sozialen und ökologischen Aufgaben finanziert werden, muss der Preisanstieg für Energie bei den ärmeren Teilen der Gesellschaft ausgeglichen werden. Soziale Gerechtigkeit stärkt demokratische Gesellschaften!

Bei dem 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungspaket für die Bundeswehr geht es nicht um den am 24. Februar 2022 von Russland entfesselten Krieg in der Ukraine, sondern um das seit vielen Jahren geforderte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere auch der Gewerkschaften, gestoßen ist. Im Windschatten des Ukrainekrieges und unter Ausnutzung der Empörung über diesen völkerrechtswidrigen Angriff wurde es im Deutschen Bundestag parteiübergreifend (mit wenigen Ausnahmen) beklatscht.

Die – lange geplante – Hochrüstung hilft der Ukraine nicht. Die weitere Steigerung der 18-fachen militärischen Überlegenheit der NATO gegenüber Russland auf das 25-fache wird Russland nicht von seinem kriegerischen Weg abbringen, sondern eher seine Bedrohungsängste weiter steigern. Sie führt in Richtung eines neuen Wettrüstens und eines langen Kalten Krieges mit erhöhtem Risiko eines neuen Weltkrieges, der dann vermutlich der letzte sein wird.

Dieser Antrag stimmt überein mit der am 24. März 2022 zum Ukraine-Krieg beschlossenen Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrates.

Antrag E 103: Kein Aufrüstungspaket und keine Steigerung des Militäretats zu Lasten von Gesundheitswesen, Sozialem, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie Bekämpfung von Armut!

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Südbaden Schwarzwald
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Das Aufrüstungspaket der Bundesregierung mit 100 Milliarden Euro Sondervermögen und
- 2 die Steigerung des Militäretats auf über zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes wird
- 3 von ver.di abgelehnt.
- 4 ver.di stellt sich gegen jegliche atomare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland,
- 5 auch durch den Kauf von Kampffjets, die Atombomben transportieren können. Die
- 6 Atomwaffen aus Büchel müssen abgezogen werden.
- 7 ver.di fordert stattdessen das Geld zu verwenden für das Gesundheitswesen, Soziales,
- 8 Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie zur
- 9 Bekämpfung von Armut.
- 10 ver.di engagiert sich für diese Ziele gegenüber der Bundesregierung, mobilisiert die
- 11 eigenen Mitglieder für diese Ziele und arbeitet dafür mit der Friedensbewegung und
- 12 allen gesellschaftlichen Gruppen zusammen, die gleiche Ziele verfolgen.

Begründung

Die Bundesregierung gibt jetzt die stolze Summe von 171 Milliarden Euro für Rüstung aus. Das sind mehr als 4.000,- Euro pro Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland für Panzer, Kriegsschiffe und Kampffjets, die Atombomben transportieren sollen. Mit dieser Entscheidung wird an der gefährlichen Strategie der atomaren Abschreckung festgehalten.

Der deutsche Rüstungshaushalt ist seit 2015 um mehr als ein Drittel gestiegen – von rund 32 Milliarden Euro auf mittlerweile rund 50 Milliarden Euro im Jahr 2022. Wenn die Bundeswehr trotz dieser Ausgaben „blank“ oder „nackt“ dasteht, 50 Milliarden Euro also nicht reichen, „dann muss gefragt werden, was da eigentlich falsch läuft, anstatt noch zusätzliches Geld hinterher zu werfen“, argumentiert der Bundestagsabgeordnete Frank Bsirske und fügt hinzu: „Die Bundeswehr hat ein Ausrüstungs-, aber kein Aufrüstungsdefizit.“ Wenn die Bundeswehr trotz des bestehenden Etats nackt sei, dann sei das ein „Desaster für diejenigen, die die politische Verantwortung hatten“, so Bsirske. Es sei ein „Offenbarungseid“ für die Kontrolle der Politik der unionsgeführten Verteidigungsministerien der letzten Jahrzehnte, erklärt Frank Bsirske. (Alle Zitate von Frank Bsirske vom 3. März 2022 aus Regensburg-digital).

Statt den Rüstungshaushalt enorm aufzublähen, ist es sinnvoll, dringende gesellschaftliche Aufgaben zu finanzieren, wie das desolate Gesundheitswesen, Soziales, Bildung, Umwelt-, Klima-, Energiewende- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut und prekärer Beschäftigung. Diese Aufrüstung wird sich auch negativ auf unsere Tarifrunden auswirken. Mit einer Vermögensabgabe für Milliardäre

müssen die sozialen und ökologischen Aufgaben finanziert werden, wie auch der Preisanstieg für Energie bei den ärmeren Teilen der Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit stärkt demokratische Gesellschaften.

Bei dem 100 Milliarden Euro schweren Aufrüstungspaket für die Bundeswehr geht es nicht um den am 24. Februar 2022 begonnenen Krieg Russlands gegen die Ukraine, sondern um das seit vielen Jahren diskutierte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit gestoßen ist. Im Windschatten des Ukraine-Krieges konnte es problemlos beschlossen werden. Es geht hier um eine langfristige Positionierung (in) der NATO und in Europa.

Diese massive Aufrüstung der Bundeswehr führt eher in Richtung eines neuen Wettrüstens und langen Kalten Krieges. Das ist teuer und gefährlich.

Antrag E 104: ver.di lehnt die von der Bundesregierung geplante massive Erhöhung der Militärausgaben ab

Antragsteller*in:	Bezirksfachbereichskonferenz B Linker Niederrhein
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di widerspricht sowohl der Festschreibung des 100 Milliarden Euro Sondervermögens
- 2 für Rüstungsausgaben im Grundgesetz, wie auch der Anhebung des Verteidigungsetats auf
- 3 der von der Nato geforderten Zwei-Prozent-Klausel.
- 4 Statt dessen fordern wir massive Investitionen in soziale Infrastrukturmaßnahmen im
- 5 Bereich der Daseinsvorsorge (zivilisatorische Grundversorgung wie Gesundheitswesen,
- 6 Wohnungsbau, ÖPNV, Wasser- und Energieversorgung und ähnliches).

Begründung

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.

Die Bundesregierung präsentiert mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das die größte Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer*innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die "Verteidigungsausgaben" aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das 20-fache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos. Die NATO-Länder und auch die Bundesrepublik Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukrainekonflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Euro Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden Euro als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Milliarden Euro), Bildung und

Forschung (19,36 Milliarden Euro), Innen, Bau und Heimat (18,52 Milliarden Euro), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Milliarden Euro), Wirtschaft und Energie (9,81 Milliarden Euro), Umwelt (2,7 Milliarden Euro), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Milliarden Euro) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Milliarden Euro). Zukünftig sollen dann dauerhaft zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der "Schuldenbremse" festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

(Begründung Auszüge aus #DerAppell)

Antrag E 105: Keine weiteren Milliarden für die Aufrüstung

Antragsteller*in:	Bezirksfachbereichskonferenz C Südwestfalen
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Die bisherigen Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 betragen 49 Milliarden Euro. Sie
- 2 sollen noch in diesem Jahr um 100 Milliarden Euro zusätzlich erhöht werden.
- 3 ver.di soll sich durch Aktionen, Diskussionen mit Politiker*innen und Kundgebungen
- 4 aktiv für die Umverteilung der für die Rüstung zur Verfügung gestellten Gelder
- 5 einsetzen.

Begründung

Durch die jahrelange Schuldenbremse sind die Länder und Kommunen finanziell ausgetrocknet. Umweltschutz und der damit verbundene Ausbau von Schienennetzen, Ausbau von Wind, Wasser und Solarenergie sind einige der wichtigsten Aufgaben in den nächsten Jahren. Dafür werden 2022 rund 13 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Das Gesundheitssystem kollabiert, es gibt keine Pflegekräfte mehr, Krankenhäuser arbeiten nur noch profitorientiert. Dafür werden 16,03 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Die Kita-Plätze müssen dringend ausgebaut werden, aber Beschäftigte im Pflege- und Erziehungsdienst stehen nicht zur Verfügung. Im Jahr 2022 werden für Familien, Senioren, Frauen und Jugendarbeit 12,16 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Die bisherigen Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 betragen 49 Milliarden Euro. Sie sollen noch in diesem Jahr um 100 Milliarden Euro zusätzlich erhöht werden. Zudem soll auch noch dauerhaft jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Aufgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen.

Das Verhältnis der Rüstungsaufgaben zu den notwendigen Ausgaben wie die Gesundheitsversorgung, Bildung und Wissenschaft sowie Familie, Frauen und Jugendarbeit stehen in keinem Verhältnis. Die für Jahrzehnte geplante Aufrüstung beendet weder das Sterben in der Ukraine noch macht sie unsere Welt friedlicher und sicherer.

Das Geld zu nutzen, um Berufe wie Ärzt*innen, Pfleger*innen, Erzieher*innen und Lehrer*innen wieder attraktiver zu machen, in dem die Gelder für bessere Arbeitsbedingungen, gute Personalausstattung und bessere Löhne und Gehälter eingesetzt werden, muss das Ziel von ver.di sein.

Antrag E 106: 100 Milliarden Euro

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di positioniert sich öffentlichkeitswirksam gegen das 100 Milliarden Euro Paket
- 2 zur Aufrüstung der Bundeswehr und den damit einhergehenden geplanten militärischen
- 3 Anschaffungen.
- 4 Dabei heben wir hervor, dass nicht die Bundeswehr es ist, die kaputtgespart wurde,
- 5 sondern das Bildungssystem und Gesundheitssystem. Das Geld wird in den Bereichen
- 6 Bildung, Gesundheit, sowie Soziales und Erziehung gebraucht. Alle gewerkschaftlichen
- 7 Gremien und Mitglieder werden dazu aufgerufen, sich aktiv an dem Protest gegen die
- 8 fortschreitende Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen und
- 9 diesen mit unseren sozialen Forderungen zu verbinden.

Begründung

Anders als von den regierenden Parteien propagiert, dient das 100 Milliarden Euro Paket nicht der Ausrüstung der Bundeswehr (gerade Mal ca. zwei Prozent des Paketes fließen in die bloße Ausrüstung), sondern klar um die Aufrüstung der Bundeswehr. Fast die Hälfte der Summe, das heißt 47,9 Milliarden Euro, ist für die Aufrüstung der Luftwaffe geplant. Das enthält unter anderem die geplante Anschaffung von F35-Tarnkappenbomben (funktionabel als Trägerflugzeug für Atomwaffen) sowie Eurofightern ECR und die Beteiligung an der Entwicklung des europäischen Flugzeugprojekts FCAS. Dem entschieden entgegenzutreten verlangt nicht zuletzt unsere aktuelle friedenspolitische Beschlusslage, durch den ver.di-Gewerkschaftsrat vom 24./25. März 2022 sowie des DGB-Bundeskongresses.

Antrag E 107: Kein Sondervermögen für die Bundeswehr – keine Grundgesetzänderung für die Aufrüstung

Antragsteller*in:	Landesbezirksfachbereichsvorstand D Nordrhein-Westfalen
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Der Bundesvorstand soll sich mit aller Kraft bei den Bundestagsabgeordneten für
- 2 folgende Forderungen einsetzen:
- 3 • keine 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr;
- 4 • keine Militarisierung unserer Verfassung. Die Grundgesetzänderung muss
- 5 rückgängig gemacht werden.

Begründung

Der jährliche Bundeswehretat beträgt 50 Milliarden Euro. Trotzdem hat die Bundeswehr angeblich nur wenige Flugzeuge die fliegen, wenige Panzer die fahren, wenige einsatzbereite Schiffe und nicht genügend Munition für die Gewehre. Nicht einmal warme Unterwäsche für die Soldaten.

Brandneu können wir jetzt noch über bewaffnete Drohnen verfügen. Sind die 50 Milliarden Euro bereits dafür ausgegeben worden oder für extrem hohe Gehälter in der Hierarchie der Bundeswehr oder extrem hohe Gewinne für Rüstungskonzerne und Lobbyist*innen?

In dieses System füttern wir jetzt noch weitere 100 Milliarden Euro Sondervermögen und die Erhöhung des jährlichen Rüstungsetats um zusätzliche 20 bis 25 Milliarden Euro.

Gelder, die wir dringend benötigen, um die enormen Preissteigerungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens der Menschen abzufedern, die sowieso schon am finanziellen Limit leben. Außerdem benötigen wir Geld für die Rettung des Klimas, um den Fortbestand der Menschheit eine Chance zu geben, Hilfen für die Industrie beim Übergang zu Erneuerbaren Energien. Das alles in Höhe von vielen Milliarden Euro. Hier ist das Geld sinnvoller angelegt und diese Liste kann noch lange fortgesetzt werden.

Antrag E 108: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Rüstung

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Bayern
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 124
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 1. Die Entscheidung zur Schaffung eines Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden
2 Euro im Bundeshaushalt für Rüstungszwecke und die langfristige Erhöhung des
3 Bundeswehretats auf jährlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes
4 (BIP) wird von uns abgelehnt.
- 5 2. Diese Gelder sind sinnvoller einzusetzen für Gesundheit, Bildung, Soziales und
6 für Umwelt und Klimaschutz.
- 7 3. Um dieser Politik der Hochrüstung entgegen zu steuern entwickelt ver.di,
8 möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB, eine
9 breit angelegte Kampagne.
- 10 4. Als Start sollte dazu möglichst schon der nächste Anti-Kriegstag am 1. September
11 genutzt werden.

Begründung

In der Resolution des Bundesvorstandes des DGB vom 25. Februar 2022: „Den Krieg in der Ukraine beenden - jetzt!“ heißt es:

"Jetzt geht es darum, alle Gesprächsmöglichkeiten zu nutzen und offen zu halten, um eine friedliche Konfliktbeilegung zu ermöglichen."

Jeder Kriegstag bringt mehr Risiko auf weitere Ausweitung und Eskalation, jeder Kriegstag kostet mehr Menschenleben, Verletzungen und Traumatisierung.

Das 100 Milliarden Euro Programm der Bundeswehr verschlingt nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch menschliche Arbeitskraft und Kreativität, die wir brauchen für die globalen Herausforderungen für Klima, soziale Gerechtigkeit und Gesundheit. Die Bundesregierung muss sich für einen umfassenden Friedensprozess einsetzen, der Rüstungskontrolle und Abrüstung beinhaltet.

In der zweiten Resolution des DGB am 22. März 2022 heißt es:

„Die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates müssen sichergestellt bleiben.“

Den Krieg in der Ukraine wird die Aufrüstung weder stoppen noch verkürzen. Vielmehr hat das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke mit verursacht und eskaliert sie weiter.

Bei dem Aufrüstungspaket geht es nicht um Landesverteidigung, sondern um national eigenständige Kriegsbefähigung mit einer in Europa führenden Eingreiftruppe als Bundeswehr. Die bereits bei der Rüstungsindustrie in Auftrag gegebenen F35-Tarnkappenbomber und Drohnensysteme sind aggressives Angriffskriegsgerät und sollen zudem die atomare Teilhabe verstetigen und sind eine weitere Gefahr in

unserem Land.

Als Schlussfolgerung aus der Befreiung vom deutschen Faschismus, flossen ins Grundgesetz das Gebot zum Frieden, zu Gewaltverzicht, Völkerverständigung, Asylrecht und Sozialstaat ein: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten sind verfassungswidrig" (Art. 26).

Dies gilt auch heute, damit nie wieder Krieg von der Bundesrepublik Deutschland ausgehe!

ver.di hat sich immer für die friedenspolitischen Ziele stark gemacht und das muss weiterhin unsere Ausrichtung sein. Der einzige Weg zum Frieden ist Abrüstung, Deeskalation, internationale Diplomatie und soziale Gerechtigkeit weltweit!

Rüstungs- und Kriegspolitik stehen immer im Gegensatz zur solidarischen Kultivierung der Gesellschaft. Engagieren wir uns stattdessen für massive öffentliche Investitionen und dauerhafte Ausgabenerhöhungen für Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur und Klima – zur zivilen, demokratischen und sozialen Wohlfahrt weltweit.

Allein mit je 20 Milliarden Euro in die öffentliche Energie- und Verkehrsinfrastruktur, in die Sanierung von Schulen und Hochschulen, in den personellen Ausbau des Gesundheitswesens, in sanktionsfreie soziale Mindestsicherungen und in die Förderung von Museen, Theatern, Kinos und Bücherhallen würde ein notwendiger Schritt zur Lösung der vordringlichsten Probleme der Mehrheit getan. Wir rufen daher auf, eine solche Kehrtwende gemeinsam durchzusetzen!

"Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen." Albert Einstein

Antrag E 109: Frieden

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Berlin-Brandenburg
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme als Arbeitsmaterial zu Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di fordert die Bundesregierung auf:
- 2 • sich für einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine einzusetzen;
- 3 • alle Mittel auszuschöpfen, um eine Eskalation in einen Atomkrieg zu verhindern;
- 4 • weiterhin für Gespräche offen zu bleiben und sich für den Einsatz von
- 5 Mediator*innen stark zu machen;
- 6 • die diplomatischen Möglichkeiten im Rahmen der Organisation für Sicherheit und
- 7 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu nutzen;
- 8 • sich in der NATO für ein Aufnahm Memoratorium für die Ukraine im Gegenzug zum
- 9 vollständigen Rückzug der russischen Truppen einzusetzen;
- 10 • sich für eine Konferenz über die künftige Sicherheitsarchitektur Europas
- 11 starkzumachen;
- 12 • auf eskalierende Reaktionen und eine demütigende Rhetorik zu verzichten;
- 13 • sich für die Aufrechterhaltung des zivilgesellschaftlichen und kulturellen
- 14 Austausches mit Russland einzusetzen;
- 15 • Kriegsdienstverweiger*innen aus Russland, der Ukraine und Belarus einen
- 16 Aufenthaltsstatus zu gewähren;
- 17 • das 100 Milliarden Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr zurückzunehmen
- 18 und das Geld stattdessen für eine beschleunigte Energiewende und eine sozial-
- 19 ökologische Transformation zu verwenden.

Begründung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dar. Wir begrüßen die Resolution der UN-Vollversammlung vom 2. März 2022. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellen eine eklatante Verletzung des die den russischen Einmarsch auf das Schärfste verurteilt und Putin zum Ende seiner Aggression aufgefordert hat.

Dieser Krieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber auch jeder andere völkerrechtswidrige Krieg weltweit, egal, wer auch immer diesen begeht, ist zu verurteilen. Nicht zu vergessen die Kriege der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, in Libyen oder auch der brutale Krieg der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz im Jemen.

Auch darüber muss geredet werden!

Und doch muss überlegt werden, wie die Zukunft aussehen soll. Die Zukunft Europas und der Welt kann nicht in einer neuen Rüstungsspirale liegen. Mehr, immer effizientere bzw. gefährlichere Waffen machen

die Welt nicht sicherer. Schon jetzt sind die Atommächte mit den vorhandenen Waffen in der Lage, die Welt mehrfach zu zerstören.

Viele Rüstungskontrollverträge wurden in den vergangenen 20 Jahren aufgekündigt, allen voran durch die USA. Diplomatische Lösungsvorschläge von Menschen aus der Friedensforschung, der Friedensbewegung sowie von ehemaligen Diplomaten*innen für ein Moratorium für jegliche NATO-Bündniserweiterung verhallten ungehört. Dennoch bleiben diplomatische und völkerrechtliche Vereinbarungen, an die wir auch in dieser schwierigen Situation anknüpfen können.

Es muss eine politische Lösung gefunden werden auf der Basis eines Konzeptes, das nicht auf Abschreckung beruht, sondern auf dem Entwurf einer gemeinsamen Sicherheit.

Nur damit können große Probleme wie die Klimakatastrophe gelöst werden. Mehr denn je brauchen wir eine starke Bürger*innen und Friedensbewegung auf den Straßen. Dringend notwendig sind alle Formen des kulturellen Austausches zwischen Menschen in der Ukraine, Russland und Deutschland. In ihrer großen Mehrheit lehnen sie jeden Krieg in Europa ab und wollen friedlich miteinander leben.

Am Ende werden nur Diplomatie, kontrollierte Abrüstung und gemeinsame Sicherheit der richtige Weg sein.

Eine massive Aufrüstung entzieht den Anstrengungen zur Bewältigung globaler Herausforderungen, wie der Klimakrise und globaler sozialer Gerechtigkeit, materielle und intellektuelle Ressourcen.

Laut dem Weltklimabericht werden die Folgen der Klimakrise schneller eintreten und zerstörerischer sein, als erwartet.

Jeder Krieg ist nicht nur ein Verbrechen an den betroffenen Menschen sondern auch an der Umwelt und den Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit.

Antrag E 110: Frieden

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Cottbus
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 352
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di unterstützt die Forderungen der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung
- 2 des Atomkrieges/Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW) und fordert die
- 3 Bundesregierung auf:
- 4 • sich für einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine einzusetzen;
- 5 • alle Mittel auszuschöpfen, um eine Eskalation in einen Atomkrieg zu verhindern;
- 6 • weiterhin für Gespräche offen zu bleiben und sich für den Einsatz von
- 7 Mediator*innen stark zu machen;
- 8 • die diplomatischen Möglichkeiten im Rahmen der Organisation für Sicherheit und
- 9 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu nutzen;
- 10 • sich in der NATO für ein Aufnahmемemoratorium für die Ukraine im Gegenzug zum
- 11 vollständigen Rückzug der russischen Truppen einzusetzen;
- 12 • sich für eine Konferenz über die künftige Sicherheitsarchitektur Europas stark
- 13 zu machen;
- 14 • auf eskalierende Reaktionen und eine demütigende Rhetorik zu verzichten;
- 15 • sich für die Aufrechterhaltung des zivilgesellschaftlichen und kulturellen
- 16 Austausches mit Russland einzusetzen;
- 17 • Kriegsdienstverweiger*innen aus Russland, der Ukraine und Belarus einen
- 18 Aufenthaltsstatus zu gewähren;
- 19 • das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr zurückzunehmen
- 20 und das Geld stattdessen für eine beschleunigte Energiewende und eine sozial-
- 21 ökologische Transformation zu verwenden.

Begründung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dar. Wir begrüßen die Resolution der UN-Vollversammlung vom 2. März 2022. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellen eine eklatante Verletzung des die den russischen Einmarsch auf das Schärfste verurteilt und Putin zum Ende seiner Aggression aufgefordert hat.

Dieser Krieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Aber auch jeder andere völkerrechtswidrige Krieg weltweit, egal, wer auch immer diesen begeht, ist zu verurteilen. Nicht zu vergessen die Kriege der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten, in Jugoslawien, Afghanistan, im Irak, in Libyen oder auch der brutale Krieg der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz im Jemen.

Auch darüber muss geredet werden!

Und doch muss überlegt werden, wie die Zukunft aussehen soll. Die Zukunft Europas und der Welt kann nicht in einer neuen Rüstungsspirale liegen. Mehr, immer effizientere bzw. gefährlichere Waffen machen die Welt nicht sicherer. Schon jetzt sind die Atommächte mit den vorhandenen Waffen in der Lage, die Welt mehrfach zu zerstören.

Viele Rüstungskontrollverträge wurden in den vergangenen 20 Jahren aufgekündigt, allen voran durch die USA. Diplomatische Lösungsvorschläge von Menschen aus der Friedensforschung, der Friedensbewegung sowie von ehemaligen Diplomaten*innen für ein Moratorium für jegliche NATO-Bündnisweiterung verhallten ungehört. Dennoch bleiben diplomatische und völkerrechtliche Vereinbarungen, an die wir auch in dieser schwierigen Situation anknüpfen können.

Es muss eine politische Lösung gefunden werden auf der Basis eines Konzeptes, das nicht auf Abschreckung beruht, sondern auf dem Entwurf einer gemeinsamen Sicherheit.

Nur damit können große Probleme wie die Klimakatastrophe gelöst werden. Mehr denn je brauchen wir eine starke Bürger*innen und Friedensbewegung auf den Straßen. Dringend notwendig sind alle Formen des kulturellen Austausches zwischen Menschen in der Ukraine, Russland und der Bundesrepublik Deutschland. In ihrer großen Mehrheit lehnen sie jeden Krieg in Europa ab und wollen friedlich miteinander leben.

Am Ende werden nur Diplomatie, kontrollierte Abrüstung und gemeinsame Sicherheit der richtige Weg sein.

Eine massive Aufrüstung entzieht den Anstrengungen zur Bewältigung globaler Herausforderungen, wie der Klimakrise und globaler sozialer Gerechtigkeit, materielle und intellektuelle Ressourcen.

Laut dem Weltklimabericht werden die Folgen der Klimakrise schneller eintreten und zerstörerischer sein, als erwartet.

Jeder Krieg ist nicht nur ein Verbrechen an den betroffenen Menschen, sondern auch an der Umwelt und den Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit.

Antrag E 111: Mehr Geld für Bildung, Pflege und Soziales statt für Aufrüstung

Antragsteller*in:	Bundesfachbereichskonferenz C
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme als Arbeitsmaterial zu Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di lehnt die am 27. Februar 2022 von der Bundesregierung beschlossene Aufrüstung
- 2 von 100 Milliarden (100 000 000 000) Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr und
- 3 eine Erhöhung des Rüstungsetats auf jährlich zwei Prozent des Brutto sozialproduktes
- 4 (ca. 30 Milliarden) Euro entschieden ab und fordert alle Strukturen in ver.di auf,
- 5 gegen diesen Aufrüstungskurs aktiv zu werden und ihn zu stoppen.
- 6 Während für unsere Arbeit und deren Anerkennung Geld fehlt, sollen zusätzliche
- 7 Milliarden für Militär ausgegeben werden. Wir fordern stattdessen:
- 8 1. Keine weitere Aufrüstung;
- 9 2. Investitionen in die öffentlichen Bereiche Gesundheit, Bildung, Soziales und den
- 10 Klimaschutz;
- 11 3. keine Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- 12 4. Wir fordern außerdem eine auskömmliche Finanzierung für die Unterstützung der
- 13 vor Krieg und Despotie Geflüchteten aus aller Welt.

Begründung

Die Mitgliederversammlung des Fachbereiches C Bezirk Düssel-Rhein-Wupper verurteilt den russischen Krieg gegen die Ukraine. Es gibt viele Ursachen, Erklärungen, Hintergründe – aber keine Rechtfertigung. Unsere Solidarität gebührt der betroffenen Zivilbevölkerung und der Antikriegsbewegung in Russland. Schuldenbremse für die Aufrüstung! Wir sehen aber in der Aufrüstung kein geeignetes Mittel, den Konflikt zu deeskalieren und zu einer friedlicheren Welt beizutragen. Deshalb lehnen wir den kreditfinanzierten Sonderfonds von 100 Milliarden Euro, der zur Verfassungsnorm erhoben werden soll, ab und fordern Investitionen in Bildung, Forschung, Pflege, Soziales und den Klimaschutz. Von den 100 Milliarden Euro könnte man 200.000 Pflegekräfte mit einem Lohn von 4.000,- Euro / Monat über zehn Jahre lang anstellen und die Pflegekrise deutlich abmildern. (Aus Antrag vom 1. März auf der Mitgliederversammlung von Charité, Vivantes und Vivantes Töchter) Das massive militärische Übergewicht der NATO hat den Krieg nicht verhindert. Warum das Übergewicht weiter erhöhen? Notwendig sind zivile Konfliktlösungsstrategien und eine konsequente Friedenslogik mit der Universalität von Menschen- und Völkerrecht.

Antrag E 112: Mehr Geld für Bildung, Pflege und Soziales statt für Aufrüstung

Antragsteller*in:	Bezirksfachbereichskonferenz C Düssel-Rhein-Wupper
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 972
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Die Mitgliederversammlung des ver.di-Fachbereiches C Bezirk Düssel-Rhein-Wupper (DRW)
- 2 lehnt die am 27. Februar 2022 von der Bundesregierung beschlossene Aufrüstung von 100
- 3 Milliarden (100 000 000 000) Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr und eine
- 4 Erhöhung des Rüstungsetats auf jährlich zwei Prozent des Bruttonettoproduktes (ca.
- 5 30 Milliarden Euro) entschieden ab und fordert alle Strukturen in ver.di auf, gegen
- 6 diesen Aufrüstungskurs aktiv zu werden und zu stoppen.
- 7 Gerade wir Gewerkschafter*innen im Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung
- 8 und Wissenschaft fühlen uns dem menschlichen Wohl besonders verpflichtet. Während für
- 9 unsere Arbeit und deren Anerkennung Geld fehlt, sollen zusätzliche Milliarden für
- 10 Militär ausgegeben werden.
- 11 Wir fordern stattdessen:
- 12 • keine weitere Aufrüstung;
- 13 • Investitionen in die öffentlichen Bereiche Gesundheit, Bildung, Soziales und den
- 14 Klimaschutz;
- 15 • keine Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Begründung

Die Mitgliederversammlung des Fachbereiches C Bezirk DRW verurteilt den russischen Krieg gegen die Ukraine. Es gibt viele Ursachen, Erklärungen, Hintergründe – aber keine Rechtfertigung. Unsere Solidarität gebührt der betroffenen Zivilbevölkerung und der Antikriegsbewegung in Russland.

Schuldenbremse für die Aufrüstung! Wir sehen aber in der Aufrüstung kein geeignetes Mittel, den Konflikt zu deeskalieren und zu einer friedlicheren Welt beizutragen. Deshalb lehnen wir den kreditfinanzierten Sonderfonds von 100 Milliarden Euro, der zur Verfassungsnorm erhoben werden soll, ab und fordern Investitionen in Bildung, Forschung, Pflege, Soziales und den Klimaschutz. Von den 100 Milliarden Euro könnte man 200.000 Pflegekräfte mit einem Lohn von 4.000,- Euro / Monat über zehn Jahre lang anstellen und die Pflegekrise deutlich abmildern. (Aus Antrag vom 1. März auf der Mitgliederversammlung von Charité, Vivantes und Vivantes Töchter)

Das massive militärische Übergewicht der NATO hat den Krieg nicht verhindert. Warum das Übergewicht weiter erhöhen? Notwendig sind zivile Konfliktlösungsstrategien und eine konsequente Friedenslogik mit der Universalität von Menschen- und Völkerrecht.

Antrag E 113: Mehr Geld für Bildung, Pflege und Soziales statt für Aufrüstung

Antragsteller*in:	Landesbezirksfachbereichskonferenz C Nordrhein-Westfalen
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 972
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di lehnt die am 27. Februar 2022 von der Bundesregierung beschlossene Aufrüstung
- 2 von 100 Milliarden (100 000 000 000) Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr und
- 3 eine Erhöhung des Rüstungsetats auf jährlich zwei Prozent des Brutto sozialproduktes
- 4 (ca. 30 Milliarden) Euro entschieden ab und fordert alle Strukturen in ver.di auf,
- 5 gegen diesen Aufrüstungskurs aktiv zu werden und zu stoppen.
- 6 Während für unsere Arbeit und deren Anerkennung Geld fehlt, sollen zusätzliche
- 7 Milliarden für Militär ausgegeben werden. Wir fordern stattdessen:
- 8 1. keine weitere Aufrüstung;
- 9 2. Investitionen in die öffentlichen Bereiche Gesundheit, Bildung, Soziales und den
- 10 Klimaschutz;
- 11 3. keine Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Begründung

Die Mitgliederversammlung des Fachbereiches C Bezirk Düssel-Rhein-Wupper verurteilt den russischen Krieg gegen die Ukraine. Es gibt viele Ursachen, Erklärungen, Hintergründe – aber keine Rechtfertigung. Unsere Solidarität gebührt der betroffenen Zivilbevölkerung und der Antikriegsbewegung in Russland.

Schuldenbremse für die Aufrüstung!

Wir sehen aber in der Aufrüstung kein geeignetes Mittel, den Konflikt zu deeskalieren und zu einer friedlicheren Welt beizutragen. Deshalb lehnen wir den kreditfinanzierten Sonderfonds von 100 Milliarden Euro, der zur Verfassungsnorm erhoben werden soll, ab und fordern Investitionen in Bildung, Forschung, Pflege, Soziales und den Klimaschutz. Von den 100 Milliarden Euro könnte man 200.000 Pflegekräfte mit einem Lohn von 4.000,- Euro / Monat über zehn Jahr lang anstellen und die Pflegekrise deutlich abmildern. (Aus Antrag vom 1. März auf der Mitgliederversammlung von Charité, Vivantes und Vivantes Töchter)

Das massive militärische Übergewicht der NATO hat den Krieg nicht verhindert. Warum das Übergewicht weiter erhöhen? Notwendig sind zivile Konfliktlösungsstrategien und eine konsequente Friedenslogik mit der Universalität von Menschen- und Völkerrecht.

Antrag E 114: Mehr Geld für die Pflege, statt Aufrüstung!

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Thüringen
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 972
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di schließt sich folgendem Statement vom DGB an:
- 2 *“Der DGB ist als Teil der Friedensbewegung dem Einsatz für Frieden, Abrüstung und*
- 3 *Völkerverständigung verpflichtet. Er lehnt Waffenlieferungen in Krisenregionen ab.”*
- 4 DGB-Pressemitteilung vom 14. Februar 2022
- 5 *“Die NATO fordert, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu*
- 6 *steigern. Das wären weitere 30 Milliarden Euro im Jahr, die viel sinnvoller*
- 7 *ausgegeben werden könnten: für Bildung und Gesundheit, sozialen Wohnungsbau,*
- 8 *Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr, Alterssicherung, ökologischen Umbau und*
- 9 *internationale Hilfe. Eine Million Arbeitsplätze könnten damit finanziert werden.”*
- 10 Erklärung von ver.di-Bundesvorstand Mai 2018
- 11 Weiterhin fordern wir:
- 12 • ein Ende der Aufrüstungsdebatte und ein Abrüstungsplan;
- 13 • Milliarden Euro in Gesundheit, Bildung Soziales und Klima zu investieren;
- 14 • keine Kürzungen in der öffentlichen Daseinsversorgung unter dem Vorwand der
- 15 hohen Rüstungsausgaben;
- 16 • Geflüchtete aufnehmen, unterstützen und absichern.

Begründung

Die Bundesregierung hat am 27. Februar 2022 angekündigt, dass die Bundeswehr 100 Milliarden Euro (100.000.000.000 Euro) Sondervermögen erhalten soll. Auch in den kommenden Jahren soll der Militärhaushalt auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erhöht werden. Die Finanzierung der 100 Milliarden Euro erfolgt durch eine, mehr oder weniger, Beleihung der zukünftigen Generationen. Unsere Enkelkinder werden darunter noch leiden müssen.

Durch den brutalen Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine ist der Bundesregierung aufgefallen wie es um eine schwach ausgestattete Bundeswehr steht. Die Antwort auf den Überfall von Russland, kann und darf nicht maßlose Aufrüstung sein. Wir sehen hier die falsche Antwort auf die Probleme.

Die Investition von 100 Milliarden Euro entsprechen 20 Prozent des jährlichen Bundeshaushalts. Zum Vergleich wurden im Jahr 2021 nur 24 Milliarden Euro für das Gesundheitssystem investiert. Die Bundesregierung will somit im kommenden Jahr so viel in Aufrüstung investieren, wie die gesamten Ausgaben für Arbeit und Soziales im letzten Jahr 2021.

Nach zwei Jahren Pandemie und nach etlichen Streikbewegungen bekommt nur ein Teil der Beschäftigten im Gesundheitswesen insgesamt eine Milliarde Euro Pflegebonus. Währenddessen werden über Nacht 100 Milliarden Euro Sonderausgaben für die Bundeswehr beschlossen. Von den 100 Milliarden Euro könnte

man auch 200.000 Pflegefachkräfte mit einem Lohn von 4.000,-- Euro über zehn Jahre lang anstellen und die Pflegekrise deutlich abmildern.

Antrag E 115: Mehr Geld ins Gesundheitswesen, statt Aufrüstung!

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Bayern
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 972
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di soll sich in seinen Gremien und Organisationseinheiten gegen Aufrüstung
- 2 einsetzen. Mehrausgaben werden stattdessen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und
- 3 Soziales benötigt.
- 4 Die NATO fordert, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu
- 5 steigern. Das wären 2018 etwa 30 Milliarden Euro gewesen, die viel sinnvoller
- 6 ausgegeben werden könnten: für Bildung und Gesundheit, sozialen Wohnungsbau,
- 7 Krankenhäuser, öffentlichen Nahverkehr, Alterssicherung, ökologischen Umbau und
- 8 internationale Hilfe.
- 9 Die Zwei-Prozent-Regelung lehnen wir ab. Sie würde eine permanente Aufrüstung
- 10 bedeuten.
- 11 In der derzeitigen Situation heißt dies insbesondere:
- 12 • Wir wollen keine Aufrüstung! Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die
- 13 militärische Verteidigung und die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent
- 14 des Bruttoinlandsproduktes (BIP) lehnen wir ab.
- 15 • Wir brauchen Investitionen in Gesundheit, Bildung, Soziales und Klima statt in
- 16 die Rüstung.
- 17 • Es darf keine Kürzungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge unter dem Vorwand
- 18 der Erhöhung der Rüstungsausgaben geben!
- 19 • Wir fordern außerdem eine auskömmliche Finanzierung für die Unterstützung der
- 20 vor Krieg und Despotie Geflüchteten aus aller Welt.

Begründung

Von der Bundesregierung wurde am 27. Februar angekündigt, dass die militärische Verteidigung 100 Milliarden Euro (100 000 000 000) Sondervermögen erhalten soll. Auch in den kommenden Jahren soll der Militärhaushalt über das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erhöht werden. Das Geld soll aus dem Bundeshaushalt 2022 bereitgestellt werden.

Als Legitimation dafür wird der Einmarsch Russlands in die Ukraine angeführt. Wir als Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesens, aus Bildung und Wissenschaft des ver.di-Bezirk Mittelfranken verurteilen den Einmarsch Russlands aufs Schärfste. Krieg halten wir jedoch nach wie vor nicht für ein Mittel der Politik und lehnen Aufrüstung ab.

Mit der Summe von 100 Milliarden Euro ließen sich 200.000 Pflegekräfte mit einem Lohn von 4.000,- Euro über zehn Jahre lang anstellen und die Pflegekrise deutlich abmildern. Man könnte auch kostenlosen ÖPNV oder zahlreiche andere Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung finanzieren. Bildung, Erziehung und

noch in so vieles mehr, was zum Wohle der Menschheit wichtig ist. Stattdessen 100 Milliarden Euro in todbringende Waffen – obgleich die vielfache Waffenstärke der NATO gegenüber Russlands diesen Krieg eben nicht verhindert hat – lehnen wir ab. Diplomatie und friedensschaffende Maßnahmen müssen gefördert werden.

Antrag E 116: Wie gehen wir mit Putin weiter um?

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Mittelfranken
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme als Arbeitsmaterial zu Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Wir machen uns folgende politische Ansichten zu eigen: Der im Februar 2022 als
- 2 Überfall begonnene Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine ist ein eklatanter Bruch
- 3 des Völkerrechts und der territorialen Integrität der Ukraine. Nach den Berichten des
- 4 Spiegels und anderen internationalen Medien von Anfang April begehen die russischen
- 5 Streitkräften Kriegsverbrechen wie in der ukrainischen Stadt Butscha, bei denen laut
- 6 ukrainischen Angaben mehr als 300 Zivilist*innen getötet worden sind. Wir verurteilen
- 7 diesen durch nichts zu rechtfertigenden Krieg und die abscheulichen
- 8 Kriegsverbrechen. Wir sehen die Notwendigkeit, dass diese Kriegsverbrechen von den
- 9 Vereinten Nationen lückenlos aufgearbeitet werden.
- 10 Unser Beileid, unser Respekt und unsere Solidarität gehört den bedrohten Menschen in
- 11 der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere
- 12 Solidarität gehören auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz
- 13 Verhaftungen und fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.
- 14 Der Krieg bringt unermessliches Leid über die Menschen und wird mit jedem Tag
- 15 brutaler und zerstörerischer. Er ist eine humanitäre Katastrophe. Zivilist*innen und
- 16 Soldat*innen sterben. Hunderttausende von Menschen sind eingekesselt und verletzt,
- 17 sie leiden Hunger, können medizinisch nicht ausreichend versorgt werden, Millionen
- 18 sind auf der Flucht. Der Angriff auf Nuklearanlagen und weitere Drohungen einer
- 19 atomaren, chemischen oder biologischen Kriegsführung sind unverantwortlich, ihre
- 20 Folgen nicht absehbar.
- 21 Wir zeigen uns solidarisch mit unseren Kolleg*innen, welche mit uns gemeinsam im
- 22 Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC) für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen
- 23 weiterkämpfen. Wir verurteilen die Angriffe der ukrainischen Regierung und des
- 24 ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf die ukrainischen Gewerkschaften.
- 25 Weitere Sanktionen und Handelseinschränkungen durch die Bundesregierung und die EU
- 26 müssen intensiviert und ausgebaut werden. Das System Putin, welche vor allem durch
- 27 die oligarchischen Strukturen in Russland unterstützt werden, darf nicht weiter durch
- 28 den Import von Öl, Gas, Kohle und sonstigen Rohstoffen weiter unterstützt und
- 29 finanziert werden.
- 30 Wir lehnen die 100 Milliarden Euro Sondervermögen und das Zwei-Prozent-Ziel der Nato
- 31 ab.
- 32 Ziel der Demokratien dieser Welt muss es sein, die verantwortlichen Politiker*innen
- 33 und militärische Entscheidungsträger*innen vor dem internationalen Strafgerichtshof
- 34 für ihre Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.
- 35 Aktuelle Strömungen in der so genannten Friedensbewegung, welche auf die Aufrüstung

- 36 zum Schutz des Friedens setzen, lehnen wir ab. Diese "Kalter Krieg" Denkweise ist
37 zurecht seit 30 Jahren kein Thema in der Politik gewesen.
- 38 Wir wollen gemeinsam mit unseren Gewerkschaftskolleg*innen in der Ukraine und
39 Russland leistungsstarke Demokratien wachsen und erhalten lassen. Kriegstreiberei,
40 Korruption und Verhaftungen von friedlichen Demonstrant*innen haben hier keinen
41 Platz.

Antrag E 117: Vorbild französische Revolution: Wie gehen wir mit Putin weiter um?

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Bayern
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 289
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Wir machen uns folgende politische Ansichten zu eigen:
- 2 Fassungslos sehen wir das Leid in der Ukraine. Der im Februar 2022 als Überfall
- 3 begonnene Angriffskrieg von Putin gegen die Ukraine ist ein eklatanter Bruch des
- 4 Völkerrechts und der territorialen Integrität der Ukraine. Nach den Berichten des
- 5 Spiegel und anderen internationalen Medien von Anfang April begehen die russischen
- 6 Streitkräfte Kriegsverbrechen, wie in der ukrainischen Stadt Butscha, bei denen laut
- 7 ukrainischen Angaben mehr als 300 Zivilist*innen getötet worden sind.
- 8 Wir verurteilen diesen durch nichts zu rechtfertigenden Krieg und die abscheulichen
- 9 Kriegsverbrechen. Wir sehen die Notwendigkeit, dass diese Kriegsverbrechen von den
- 10 Vereinten Nationen lückenlos aufgearbeitet werden.
- 11 Unser Beileid, unser Respekt und unsere Solidarität gehört den bedrohten Menschen in
- 12 der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere
- 13 Solidarität gehören auch den Menschen in Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen
- 14 und fortgesetzter Repression gegen diesen Krieg stellen.
- 15 Der Krieg bringt unermessliches Leid über die Menschen und wird mit jedem Tag
- 16 brutaler und zerstörerischer. Er ist eine humanitäre Katastrophe. Zivilist*innen und
- 17 Soldat*innen sterben. Hunderttausende von Menschen sind eingekesselt und verletzt,
- 18 sie leiden Hunger, können medizinisch nicht ausreichend versorgt werden, Millionen
- 19 sind auf der Flucht. Der Angriff auf Nuklearanlagen und weitere Drohungen einer
- 20 atomaren, chemischen oder biologischen Kriegsführung sind unverantwortlich, ihre
- 21 Folgen nicht absehbar.
- 22 Wir zeigen uns solidarisch mit unseren Kolleg*innen, welche mit uns gemeinsam im
- 23 Internationalen Gewerkschaftsbund (ITUC) für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen
- 24 weiterkämpfen. Wir verurteilen die Angriffe der ukrainischen Regierung und des
- 25 ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf die ukrainischen Gewerkschaften.
- 26 Weitere Sanktionen und Handelseinschränkungen durch die Bundesregierung und die EU
- 27 müssen intensiviert und ausgebaut werden. Das System Putin, welches vor allem durch
- 28 die oligarchischen Strukturen in Russland unterstützt wird, darf nicht weiter durch
- 29 den Import von Öl, Gas, Kohle und sonstigen Rohstoffen weiter unterstützt und
- 30 finanziert werden.
- 31 Wir lehnen die 100 Milliarden Euro Sondervermögen und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO
- 32 ab.
- 33 Ziel der Demokratien dieser Welt muss es sein, die verantwortlichen Politiker*innen

- 34 und militärischen Entscheidungsträger*innen vor dem Internationalen Strafgerichtshof
35 für ihre Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.
- 36 Aktuelle Strömungen in der so genannten Friedensbewegung, welche auf die Aufrüstung
37 zum Schutz des Friedens setzen, lehnen wir ab. Diese "Kalter Krieg" - Denkweise ist
38 zurecht seit 30 Jahren kein Thema in der Politik gewesen.
- 39 Wir wollen gemeinsam mit Gewerkschaftskolleg*innen in der Ukraine und Russland
40 leistungsstarke Demokratien wachsen und erhalten lassen. Kriegstreiberei, Korruption
41 und Verhaftung von friedlichen Demonstrant*innen haben hier keinen Platz.

Antrag E 118: Keine Waffenlieferungen

Antragsteller*in:	Bundesmigrationskonferenz
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di stellt sich gegen jegliche Lieferung von Waffen.
- 2 Die Bundesregierung stimmte einer Lieferung von MiG-29-Kampffjets an die Ukraine zu.
- 3 Die polnische Regierung hatte die Genehmigung beantragt.
- 4 Die fünf Jets stammen ursprünglich aus Beständen der nationalen Volksarmee der DDR.
- 5 Die Bundesrepublik Deutschland hat Polen eine Exportgenehmigung für MiG-29-Kampffjets
- 6 aus ehemaligen Beständen der nationalen Volksarmee der DDR erteilt.
- 7 Bei einem Treffen am 21. April 2023 in Ramstein haben darüber hinaus Vertreter von
- 8 mehr als 50 Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, auch über weitere
- 9 Militärhilfe abgestimmt.
- 10 Am Grundsatz deutscher Rüstungsexportpolitik, keine Waffen in Krisengebiete zu
- 11 liefern, sollte weiterhin festgehalten werden.
- 12 Die Konferenz lehnt die Waffenlieferung ab und fordert den Bundeskongress auf, sich
- 13 für einen Lieferstopp einzusetzen.

Antrag E 119: Keine Aufstockung der Rüstungsausgaben und keine Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete

Antragsteller*in:	Bezirksfachbereichskonferenz E Heilbronn-Neckar-Franken
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di lehnt jedwede Aufstockung der Rüstungsausgaben sowie jegliche
- 2 Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete strikt ab.

Begründung

Die Welt ist bereits jetzt schon gefährlich hochgerüstet. Dabei übersteigen die Rüstungsausgaben der NATO ein Vielfaches derer von den zwei zweitgrößten Atommächten Russland und China. Ein weiteres Drehen an der Rüstungsspirale würde nur eine weitere Eskalation zwischen den Atomblöcken sowie die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges erhöhen. Zumal die dafür vorgesehenen Gelder an anderen Stellen, zum Beispiel im Sozialbereich, dringend fehlen. Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete verhindern bzw. beenden keine Kriege, sondern verlängern diese und das damit verbundene Leid und Blutvergießen aller beteiligten Bevölkerungen.

Antrag E 120: Rüstungsausgaben und Waffenlieferungen

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Heilbronn-Neckar-Franken
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di lehnt jedwede Aufstockung der Rüstungsausgaben sowie jegliche
- 2 Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete strikt ab.

Begründung

Die Welt ist bereits jetzt schon gefährlich hochgerüstet. Dabei übersteigen die Rüstungsausgaben der NATO ein Vielfaches derer von den zwei zweitgrößten Atommächten Russland und China. Ein weiteres Drehen an der Rüstungsspirale würde nur eine weitere Eskalation zwischen den Atomblöcken sowie die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges erhöhen. Zumal die dafür vorgesehenen Gelder an anderen Stellen, zum Beispiel im Sozialbereich dringend fehlen. Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete verhindern bzw. beenden keine Kriege, sondern verlängern diese und das damit verbundene Leid und Blutvergießen aller beteiligten Bevölkerungen.

Antrag E 121: Keine Aufstockung der Rüstungsausgaben und keine Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete

Antragsteller*in:	Bundesfachbereichskonferenz E
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di lehnt jedwede Aufstockung der Rüstungsausgaben sowie grundsätzlich
- 2 Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete strikt ab.

Begründung

Die Welt ist bereits jetzt schon gefährlich hochgerüstet. Dabei übersteigen die Rüstungsausgaben der NATO ein Vielfaches derer von den zwei zweitgrößten Atommächten Russland und China. Ein weiteres Drehen an der Rüstungsspirale würde nur eine weitere Eskalation zwischen den Atomblöcken sowie die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges erhöhen. Zumal die dafür vorgesehenen Gelder an anderen Stellen, zum Beispiel im Sozialbereich dringend fehlen. Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete verhindern bzw. beenden keine Kriege, sondern verlängern diese und das damit verbundene Leid und Blutvergießen aller beteiligten Bevölkerungen.

Antrag E 122: Für die Rückkehr zum Primat der Politik - Verhandlungen und Verträge statt Aufrüstung und Sanktionspolitik!

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Stuttgart
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di setzt sich dafür ein, dass auf den Krieg in der Ukraine nicht mit weiterer
- 2 Aufrüstungs- und Abschottungspolitik reagiert wird.
- 3 Eine solche Politik, wie sie von der NATO und auch der Bundesregierung mit einer
- 4 Erhöhung der Rüstungsausgaben von 32 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 50 Milliarden
- 5 Euro im Jahr 2022 verfolgt worden ist, hat den völkerrechtswidrigen Überfall
- 6 Russlands auf die Ukraine nicht verhindert. Die Ausweitung der NATO seit Ende der
- 7 1990er Jahre von 16 auf gegenwärtig 30 Mitglieder anstelle des Aufbaus eines
- 8 gesamteuropäischen Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands hat nicht zu mehr
- 9 Sicherheit, sondern zu erhöhter Spannung in Europa geführt. Wirtschaftliche
- 10 Zusammenarbeit und Handel wurden nicht flankiert durch Abrüstungsverhandlungen und
- 11 Abrüstungsverträge; im Gegenteil wurden in den letzten Jahren viele dieser Verträge
- 12 gekündigt.
- 13 Diese Politik des Westens hat ihren Anteil daran, dass in Russland die Kräfte
- 14 gestärkt worden sind, die an die imperialistische Großmachtpolitik des Zarenreiches
- 15 anknüpfen wollen.
- 16 Dem müssen wir als Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entgegentreten, indem wir laut
- 17 sagen: Krieg darf nicht die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln sein.
- 18 ver.di tritt für eine Politik der Abrüstung und Entspannung ein. Wir mischen uns als
- 19 Teil der Friedensbewegung entsprechend in die gewerkschaftliche und gesellschaftliche
- 20 Diskussion über eine Sicherheitspolitik ein, wie sie für Deutschland und Europa nötig
- 21 ist.
- 22 Wir fordern mit den Worten der großen Friedenskämpferin Bertha von Suttner: „Die
- 23 Waffen nieder!“
- 24 • Sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und sofortiger Waffenstillstand!
- 25 • Aufnahme von Friedensverhandlungen, die die Sicherheitsinteressen sowohl
- 26 Russlands als auch der Ukraine berücksichtigen.
- 27 • Keine weiteren Waffenlieferungen - sie verlängern den Krieg und führen zu noch
- 28 mehr Opfern.
- 29 • Die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland verkürzen nicht den Krieg, sondern
- 30 verursachen vielmehr enorme wirtschaftliche und soziale Schäden in den
- 31 sanktionierenden Ländern und weltweit, mit Ausnahme der USA. Sie führen zu hoher

- 32 Inflation und machen es unmöglich, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Wir
33 fordern den Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter
34 denen die Menschen weltweit leiden
- 35 • Verhandlungen mit Russland über eine neue europäische Sicherheitsstruktur, die
36 die Interessen aller Seiten berücksichtigt, einschließlich des Interesses
37 Russlands an einem Rückzug der NATO-Truppen von ihren Grenzen. Frieden kann es
38 nur mit, nicht gegen Russland geben.
 - 39 • Die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung dient nicht diesen Zielen, sondern
40 führt zu einer weiteren Militarisierung der Politik nach innen und außen;
41 militärische Mittel werden inzwischen als selbstverständlicher Teil der
42 Außenpolitik betrachtet. Wir lehnen eine solche Politik ab.
 - 43 • In diesem Sinne beteiligen wir uns an der gewerkschaftlichen und
44 gesellschaftlichen Meinungsbildung, auch durch die Organisation eigener
45 Veranstaltungen und Konferenzen.

Begründung

Wir müssen wegkommen von der alleinigen Diskussion über militärische Antworten auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Nur wenn wir uns mit der Vorgeschichte des Krieges befassen, können wir auch richtige Antworten erarbeiten, die eine friedlichere Zukunft ohne Kriege ermöglichen.

Die Aufrüstung der Bundeswehr hat keinen Einfluss auf den Krieg in der Ukraine, bindet aber milliardenfach Geldmittel, die für den Ausbau des Gesundheitswesens, Bildung, Soziales, Umwelt usw. dringend benötigt werden. Sie dient vielmehr dazu, Deutschland zur stärksten Militärmacht in Europa zu machen, führt aber nicht zu mehr Sicherheit für unser Land und Europa insgesamt.

Wurden anfangs die Sanktionen gegen Russland damit begründet, die finanziellen Quellen für die russische Kriegsführung auszutrocknen, ist ihr Ziel inzwischen laut Außenministerin Baerbock, „Russland zu ruinieren“. Das kann kein Ziel sein, das eine Gewerkschaft unterstützen kann.

Die Handelsbeziehungen in den 70er Jahren gegenüber der Sowjetunion wurden flankiert von Verhandlungen und Verträgen über mehr Sicherheit und Entspannung in Europa; zu einer solchen Politik, wie sie damals von sozialdemokratischen Kanzlern durchgeführt wurden, gilt es wieder zurückzukehren.

Während noch im DGB-Aufruf zum Antikriegstag 2021 angeprangert wurde, dass „sich die deutsche Politik in den Dienst einer verhängnisvollen Logik von Aufrüstung und Abschreckung“ stellt, die NATO den „Weg von einem Verteidigungsbündnis hin zu einer Interventionsallianz für Militäreinsätze außerhalb des Bündnisgebiets bereitet“ und sie „gezielt auf eine Konfrontation gegenüber Russland und China“ setzt, werden diese Erkenntnisse inzwischen in Frage gestellt. Gewerkschaftliche Friedenspolitik verlangt, darüber zu diskutieren und auch zu streiten, ob diese Einschätzungen noch richtig oder durch den Ukraine-Krieg überholt sind. Bei dieser Meinungsbildung muss ver.di eine wichtige Rolle spielen.

Antrag E 123: 100 Milliarden Euro Aufrüstungsprogramm

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Bayern
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di wird aufgefordert, gemäß einer guten alten, aber höchst aktuellen
- 2 gewerkschaftlichen Tradition, sich gegen alle kriegsfördernden Maßnahmen zu stellen,
- 3 also:
- 4 1. gegen das 100 Milliarden Euro Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung als auch
- 5 2. gegen die Erhöhung des Wehretats auf über zwei Prozent des
- 6 Bruttoinlandsproduktes (BIP).
- 7 Statt 100 Milliarden Euro für Aufrüstung brauchen wir
- 8 • massive Investitionen in die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildung,
- 9 Gesundheit, usw.) und für den Klimaschutz;
- 10 • massive Unterstützung für alle Geflüchteten;
- 11 • finanziert über eine Sonderabgabe auf Vermögen der oberen ein Prozent und
- 12 Einführung einer Millionärssteuer von zehn Prozent ab einer Million Euro!
- 13 Gegen die in die Höhe schnellende Inflation brauchen wir
- 14 • Preisobergrenzen für Energie- und Grundnahrungsmittel!
- 15 • Streichung der Schuldenbremse!
- 16 ver.di muss sich zusammen mit den DGB-Gewerkschaften mit allen gewerkschaftlichen
- 17 Mitteln – angefangen bei Demonstrationen bis hin zum Streik - gegen die Aufrüstung
- 18 der Bundeswehr und für die Umsetzung der oben aufgezählten Maßnahmen einsetzen!
- 19 Wir dürfen keine Abwälzung der Kriegs- und Krisenkosten auf die arbeitende
- 20 Bevölkerung und keinen Abbau von sozialen Standards und Errungenschaften zulassen!

Begründung

Die Einrichtung eines Sonderetats von 100 Milliarden Euro zur Aufrüstung der Bundeswehr wird über Neuverschuldung finanziert. Wer das letzten Endes zahlen wird, ist jetzt schon klar – das sind wir, die Lohnabhängigen! Aufrüsten bedeutet Vorbereitung darauf, Krieg führen zu können. Sie ist kein Mittel, Krieg zu verhindern, sondern führt nur zu weiterem Wettrüsten und zur Eskalation bestehender Konflikte.

Die Erhöhung des laufenden Haushaltes der Bundeswehr auf über zwei Prozent des BIP wird die Finanzierung in den Bereichen der Daseinsfürsorge wie dem Gesundheitswesen oder Bildungsbereich infrage stellen.

Es gibt eine große Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, die von der Bundesregierung genutzt wird, um ihren neuen außenpolitischen Kurs durchzusetzen. Damit üben sie Druck auf die Gewerkschaften aus, ihre bisherigen antimilitaristischen Positionen aufzugeben!

Gleichzeitig drohen mit dem Krieg in der Ukraine und den Maßnahmen dagegen – wie den Sanktionen gegen Russland - massive Einschnitte in den Lebensstandard der großen Masse der Lohnabhängigen auf der ganzen Welt. Die aktuelle Inflationsrate von über sieben Prozent in der Bundesrepublik Deutschland kann sich sogar noch erhöhen.

Über Nacht wurden zusätzlich 100 Milliarden Euro für Rüstung locker gemacht, während es in den Pandemie Jahren und davor immer hieß, für gesellschaftlich lebensnotwendige Bereiche wie den Ausbau des Gesundheitswesens, der Kitas und Schulen sei nicht ausreichend Geld vorhanden. Hier verschlimmert sich die Situation, anstatt besser zu werden.

Wir brauchen mehr Geld für Personal im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich sowie ein milliardenschweres öffentliches Investitionsprogramm für mehr Krankenhäuser, Kitas, Schulen. Außerdem müssen erneuerbare Energien, ÖPNV und Bahn massiv ausgebaut werden, um große Schritte im Klimaschutz zu machen. 100 Milliarden Euro wäre für diese Ziele ein erstes Minimum.

Wie der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke richtig sagt, muss dabei auf die enormen Vermögen der Reichen und Superreichen zugegriffen werden. Ihr Vermögen ist inmitten der Pandemie auf unglaubliche 13 Billionen Euro angestiegen! Dieser obszöne Reichtum muss abgeschöpft werden – über Sonderabgaben und Steuern, anstatt die Masse der arbeitenden Bevölkerung für alle möglichen Rettungspakete zur Kasse zu bitten! Zudem ist es nötig, eine Preisobergrenze für Energie und Lebensmittel einzuführen, anstatt über steuerfinanzierte Pauschalbeiträge für steigende Energiekosten, letztlich wieder die Lohnabhängigen selbst zahlen zu lassen. Darüber hinaus werden bestimmte Schichten wie Studierende und Rentner*innen in dem Entlastungspaket der Bundesregierung gar nicht berücksichtigt.

Die Gewerkschaften dürfen nicht nur kommentieren. Angesichts der dramatischen Lage ist es dringend nötig in Aktion zu kommen. Große Demonstrationen in allen großen Städten, angefangen mit gemeinsamen Mobilisierungen in laufenden und bevorstehenden Tarifrunden, sollten als Ausgangspunkt für DGB-übergreifende Aktionen sein. Im Vorfeld sollte in den Betrieben auf Versammlungen diskutiert und breit mobilisiert werden.

Antrag E 124: Abrüsten

Antragsteller*in:	Bundessenior*innenkonferenz
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Der Bundesvorstand und der DGB sollen auf die Bundesregierung einwirken
- 2 • die nukleare Teilhabe aufzukündigen;
- 3 • den Abzug der US-Atomwaffen aus der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen;
- 4 • Verhandlungen mit allen Staaten über eine europäische Sicherheitsarchitektur
- 5 aufzunehmen;
- 6 • die Bundesrepublik Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten zu lassen.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland ist als NATO-Staat dem Atomwaffenverbotsvertrag vom 7. Juli 2017 (UN) bisher nicht beigetreten.

Der Beitritt Deutschlands ist die Voraussetzung zur Rückkehr deutscher und europäischer Friedenspolitik und die Voraussetzung für eine gemeinsame Diskussion aller europäischen Staaten über eine europäische Sicherheitsarchitektur.

Der von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von Nuklearwaffen, verbietet, „weder mittelbar noch unmittelbar Nuklearwaffen anzunehmen“. Die Ampelkoalition der Bundesregierung duldet widerrechtlich am US-Militärplatz in Büchel die Stationierung von 20 Atombomben, obwohl die Grünen 2020 im Deutschen Bundestag einen Antrag auf bedingungslosen Abzug der Atomwaffen eingebracht haben.

Im Rahmen des 100 Milliarden Euro Rüstungs-„Sondervermögen“ hat die Bundesregierung die Anschaffung von 35 Stück F-35 Tarnkappenbomben beschlossen, die teilweise dem Zweck dienen, US-amerikanische Atombomben über „Feindesland“ abwerfen zu können.

Wir müssen uns dabei kaum noch fragen, was bei einem Atomschlag in Europa von der Bundesrepublik Deutschland übrigbleibt.

Der Beschluss zum Rüstungs-Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO muss rückgängig gemacht werden. Wesentlicher ist es, in Europa und mit allen Ländern gemeinsam, eine europäische Sicherheitsarchitektur zu verhandeln, die Frieden unter allen Völkern sichert.

Antrag E 125: NEIN zur nuklearen Aufrüstung! Atomkriegsvorbereitung stoppen! Für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO!

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Stuttgart
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Anknüpfend an die Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrates vom 24./25. März 2022 und
- 2 des DGB-Bundeskongresses wendet sich ver.di entschieden gegen die im Rahmen des 100-
- 3 Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramms geplante Anschaffung von insbesondere
- 4 • F35-Tarnkappenbombnern (Trägerflugzeuge für US-Atomwaffen, die alle in Büchel
- 5 stationiert werden sollen)
- 6 • sowie Eurofightern ECR (Befähigung zu electronic warfare) und
- 7 • die Beteiligung an der Entwicklung des europäischen Flugzeugprojekts Future
- 8 Combat Air System (FCAS)*.
- 9 Alle Mitglieder und Gremien unserer Gewerkschaft werden aufgefordert, sich aktiv an
- 10 der Aufklärung über die Gefahren einer drohenden Weltkriegsvorbereitung und am
- 11 politischen Widerstand gegen die Anschaffung und Stationierung dieser
- 12 atomkriegsfähigen Angriffswaffen zu beteiligen.

Begründung

Bei dem von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr geht es nur in verschwindend geringem Maß (ca. zwei Prozent) um die Aufrüstung der Bundeswehr. Fast die Hälfte der Summe (40,9 Milliarden Euro) ist für die Aufrüstung der Luftwaffe geplant.

ver.di hat sich mit Beschluss des Gewerkschaftsrates vom 24./25. März 2022 nachdrücklich für eine dauerhafte atomare Abrüstung ausgesprochen und die Pläne der Bundesregierung zur Beschaffung zusätzlicher Rüstungsgüter abgelehnt. Der DGB-Bundeskongress hat sich für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen, gegen die „nukleare Teilhabe“ und für die Beendigung der Lagerung von US-Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen.

Abgesehen von den immensen Kosten für das kurzfristig ohne breite Diskussion in der Bevölkerung durchgepeitschte, auch noch im Grundsatz verankerte, bisher einmalige Aufrüstungsprogramm (diese Gelder fehlen für Gesundheit, Bildung, Rente, Klimaschutz, Infrastruktur, Wohnungsbau...), erhöhen diese neuen Waffen die Atomkriegsgefahr. Unser Land wird zur Zielscheibe eines atomaren Zweitschlags.

2010 hat der Bundestag beschlossen, dass die hier gelagerten US-Atomwaffen zum friedenspolitischen Gesamtcharakter des Grundgesetzes (vor allem in Artikel 26 / „Verbot des Angriffskrieges“). Die Intention der Verfasser*innen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland war es sicherzustellen, dass nach Vernichtungskrieg und Völkermord im Zweiten Weltkrieg von der Bundesrepublik Deutschland nie wieder Krieg ausgeht. Seit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages am 22. Januar 2022 sind

Atomwaffen und die Drohung mit ihrem Einsatz völkerrechtlich verboten.

Wir brauchen eine Umkehr zum Frieden, das heißt eine aktive Friedenspolitik – anders hat die Menschheit keine Zukunft!

** Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022: „Und für die Nukleare Teilhabe werden wir rechtzeitig einen modernen Ersatz für die veralteten Tornado-Jets beschaffen. Der Eurofighter soll zur electronic warfare befähigt werden. Das Kampfflugzeug F-35 kommt als Trägerflugzeug in Betracht.“*

Antrag E 126: NEIN zur nuklearen Aufrüstung! Atomkriegsvorbereitung stoppen! Für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO!

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Wortgleich mit lfd.-Nr. 123
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Anknüpfend an die Resolution des ver.di-Gewerkschaftsrates vom 24./25 März 2022 und
- 2 des DGB-Bundeskongresses wendet sich ver.di entschieden gegen die im Rahmen des 100-
- 3 Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramms geplante Anschaffung von insbesondere
- 4 • F35-Tarnkappenbombnern (Trägerflugzeuge für US-Atomwaffen, die alle in Büchel
- 5 stationiert werden sollen)
- 6 • sowie Eurofightern ECR (Befähigung zu electronic warfare) und
- 7 • die Beteiligung an der Entwicklung des europäischen Flugzeugprojekts Future
- 8 Combat Air System (FCAS)*.
- 9 Alle Mitglieder und Gremien unserer Gewerkschaft werden aufgefordert, sich aktiv an
- 10 der Aufklärung über die Gefahren einer drohenden Weltkriegsvorbereitung und am
- 11 politischen Widerstand gegen die Anschaffung und Stationierung dieser
- 12 atomkriegsfähigen Angriffswaffen zu beteiligen.

Begründung

Bei dem von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr geht es nur in verschwindend geringem Maß (ca. zwei Prozent) um die Aufrüstung der Bundeswehr. Fast die Hälfte der Summe (40,9 Milliarden Euro) ist für die Aufrüstung der Luftwaffe geplant.

ver.di hat sich mit Beschluss des Gewerkschaftsrates vom 24./25. März 2022 nachdrücklich für eine dauerhafte atomare Abrüstung ausgesprochen und die Pläne der Bundesregierung zur Beschaffung zusätzlicher Rüstungsgüter abgelehnt. Der DGB-Bundeskongress hat sich für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen, gegen die „nukleare Teilhabe“ und für die Beendigung der Lagerung von US-Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen.

Abgesehen von den immensen Kosten für das kurzfristig ohne breite Diskussion in der Bevölkerung durchgepeitschte, auch noch im Grundsatz verankerte, bisher einmalige Aufrüstungsprogramm (diese Gelder fehlen für Gesundheit, Bildung, Rente, Klimaschutz, Infrastruktur, Wohnungsbau...), erhöhen diese neuen Waffen die Atomkriegsgefahr. Unser Land wird zur Zielscheibe eines atomaren Zweitschlags.

2010 hat der Bundestag beschlossen, dass die hier gelagerten US-Atomwaffen zum friedenspolitischen Gesamtcharakter des Grundgesetzes (vor allem in Artikel 26 / „Verbot des Angriffskrieges“). Die Intention der Verfasser*innen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland war es, sicherzustellen, dass nach Vernichtungskrieg und Völkermord im Zweiten Weltkrieg von der Bundesrepublik Deutschland nie wieder Krieg ausgeht. Seit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages am 22. Januar 2022 sind

Atomwaffen und die Drohung mit ihrem Einsatz völkerrechtlich verboten.

Wir brauchen eine Umkehr zum Frieden, d.h. eine aktive Friedenspolitik – anders hat die Menschheit keine Zukunft!

** Bundeskanzler Scholz am 27.02.2022: „Und für die Nukleare Teilhabe werden wir rechtzeitig einen modernen Ersatz für die veralteten Tornado-Jets beschaffen. Der Eurofighter soll zur electronic warfare befähigt werden. Das Kampfflugzeug F-35 kommt als Trägerflugzeug in Betracht.“*

Antrag E 127: Frieden schaffen sofort

Antragsteller*in:	Bundessenior*innenkonferenz
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

1 ver.di fordert:

- 2 • Die russische Regierung muss alle Angriffe unverzüglich einstellen, ihre Truppen
3 aus der Ukraine zurückziehen und die territoriale Integrität der Ukraine auf der
4 Grundlage des Abkommens von Minsk wiederherstellen.
- 5 • Wir fordern die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, weiter mit
6 Hochdruck an einer diplomatischen Lösung für einen sofortigen Waffenstillstand
7 und zur Beendigung des Krieges zu arbeiten.
- 8 • Wir treten dafür ein, die Diskussion um mehr Sicherheit in Europa nicht in
9 erster Linie aus einer militärischen Perspektive heraus zu führen. Wir brauchen
10 einen breiten zivilgesellschaftlichen Diskurs darüber, wie wir in Europa
11 zukünftig in Frieden und Sicherheit zusammenleben wollen und rufen alle
12 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen dazu auf, sich in diesen Friedensdiskurs
13 einzubringen.
- 14 • Wir wollen keinen neuen Rüstungswettlauf, der auch dazu führt, dass Gelder für
15 dringliche Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau fehlen.
- 16 • Unser Ziel bleibt eine Welt mit weniger Waffen, insbesondere streben wir
17 nachdrücklich eine dauerhafte atomare Abrüstung an.
- 18 • Die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf einen dauerhaften Anteil von zwei
19 Prozent am Bruttoinlandsprodukt lehnen wir ab.
- 20 • Den Aufbau eines Sondervermögens, zweckgebunden für die Bundeswehr, lehnen wir
21 ab.
- 22 Der Bundesvorstand unterstützt das Ziel in allen deutschen Häfen den Rüstungsumschlag
23 aus vielen Bundesländern zu verhindern.

Begründung

Unter Mitwirkung von Aktiven aus unseren Senior*innengruppen ist es in den letzten Jahren gelungen, dem Thema Abrüsten statt Aufrüsten einen größeren Stellenwert in der gewerkschaftlichen Arbeit zu geben. Während wir unablässig ein Zurück zur Entspannungspolitik forderten eskalierte Russland den Krieg in der Ukraine. Diesen völkerrechtswidrigen Kriegsakt verurteilen wir selbstverständlich ebenso, wie alle vorausgegangenen und zeitgleich stattfindenden Kriege in aller Welt.

In der Schocksituation, dass jetzt auch Europa wieder Kriegsschauplatz geworden ist, hat Kanzler Scholz drei Tage nach dem russisch-ukrainischen Kriegsbeginn ein Aufrüstungsprogramm bisher nicht gekanntes Ausmaßes verkündet. Damit gibt die Bundesrepublik Deutschland 2022 170 Milliarden Euro für das Militär

aus und belegt nach China und Russland den dritten Platz.

2021 hatten deutsche Waffenexporte sich auf den Wert von 5,8 nach 9,3 Milliarden Euro gesteigert. Unter der Ampel-Regierung werden jetzt auch wieder Waffen an Saudi-Arabien geliefert mit denen die zurzeit größte humanitäre Katastrophe im Jemen befeuert wird.

Jede vierte Kriegswaffe aus der Bundesrepublik Deutschland wird über den Hamburger Hafen verschifft. Wir sind damit ein vorrangiges Angriffsziel.

Antrag E 128: Friedenspolitik

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di setzt sich gemeinsam mit dem DGB für eine aktive Friedenspolitik und
- 2 verstärkte Diplomatie zur Beendigung aller aktuellen, weltweiten Konflikte und Kriege
- 3 ein.
- 4 ver.di muss sich wieder stärker für eine Friedenspolitik ohne Waffen einsetzen.

Begründung

Waffen schaffen keinen Frieden. Sie eskalieren die Situation und verlängern das Leid und Blutvergießen von betroffenen Menschen auf allen Seiten. Insbesondere Frauen sind von gewalttätigen Auseinandersetzungen betroffen. Diplomatie ist das Maß aller Dinge und rettet Menschenleben.

Antrag E 129: Friedenspolitik

Antragsteller*in:	Bundesfrauenkonferenz
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di setzt sich gemeinsam mit dem DGB für eine aktive Friedenspolitik und
- 2 verstärkte Diplomatie zur Beendigung aller aktuellen, weltweiten Konflikte und Kriege
- 3 ein.

Begründung

Waffen schaffen keinen Frieden. Sie eskalieren die Situation und verlängern das Leid und Blutvergießen von betroffenen Menschen auf allen Seiten. Insbesondere Frauen sind von gewalttätigen Auseinandersetzungen betroffen. Diplomatie ist das Maß aller Dinge und rettet Menschenleben.

Insbesondere der Krieg in der Ukraine so wie der Konflikt um Taiwan zeigen, dass ver.di sich wieder stärker für eine Friedenspolitik ohne Waffen einsetzen muss.

Antrag E 130: Verbot von Rüstungsforschung und deren Ausbau

Antragsteller*in:	Bezirksfachbereichsvorstand C Stuttgart
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di setzt sich sowohl für das Verbot von Rüstungsforschung und deren Ausbau als
- 2 auch für die Unterzeichnung von Zivilklauseln durch die Forschungseinrichtungen ein.

Begründung

Die Hochschulen und Universitäten sollen ein Ort der humanistischen und kritischen Wissenschaft sein und dem gesellschaftlichen Gemeinwohl dienen. Schon 36 Einrichtungen (Stand 2019) haben Zivilklauseln unterschrieben.

ver.di schrieb im Aufruf zu einer Tagung 2019:

*„An vielen Hochschulen und Universitäten engagieren sich die Beschäftigten in Forschung, Lehre, Bibliotheken, Laboren und Verwaltung für die friedliche Ausrichtung ihrer Arbeit. Deshalb sind die Gewerkschaften für die Zivilklausel-Bewegung zum wichtigen Partner geworden. Sie beteiligen sich auch aktiv an dieser Tagung. Studierende, Wissenschaftler*innen und Beschäftigte mit ihren Gewerkschaften wollen sich austauschen und gemeinsam neue Ideen und Impulse für Zivilklauseln finden.“* (<http://natwiss.de/arbeitsstagung-zivilklausel/>)

Daran soll und muss angeknüpft werden!

Antrag E 131: Verbot von Rüstungsforschung und deren Ausbau

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 ver.di setzt sich sowohl für das Verbot von Rüstungsforschung und deren Ausbau als
- 2 auch für die Unterzeichnung von Zivilklauseln durch Forschungseinrichtungen und
- 3 Hochschulen ein.

Begründung

Die Hochschulen und Universitäten sollen ein Ort der humanistischen und kritischen Wissenschaft sein und dem gesellschaftlichen Gemeinwohl dienen. Schon 36 Einrichtungen (Stand 2019) haben Zivilklauseln unterschrieben.

ver.di schrieb im Aufruf zu einer Tagung 2019:

„An vielen Hochschulen und Universitäten engagieren sich die Beschäftigten in Forschung, Lehre, Bibliotheken, Laboren und Verwaltung für die friedliche Ausrichtung ihrer Arbeit. Deshalb sind die Gewerkschaften für die Zivilklausel-Bewegung zum wichtigen Partner geworden. Sie beteiligen sich auch aktiv an dieser Tagung. Studierende, Wissenschaftler*innen und Beschäftigte mit ihren Gewerkschaften wollen sich austauschen und gemeinsam neue Ideen und Impulse für Zivilklauseln finden.“ (<http://natwiss.de/arbeitsstagung-zivilklausel/>)

Daran soll und muss angeknüpft werden!

Antrag E 132: Kriegsmonumente in NachDenkMale oder Friedensdenkmale wandeln!

Antragsteller*in:	Bundesfachgruppenkonferenz Bildende Kunst
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 1. ver.di setzt sich auf allen Ebenen aktiv dafür ein, dass Kriegsmonumente des
2 Ersten und Zweiten Weltkrieges kritisch hinterfragt und eine öffentliche
3 Auseinandersetzung damit stattfindet.
- 4 2. ver.di unterstützt unter anderem bestehende Initiativen, die dieses Ziel
5 verfolgen.
- 6 3. Ausstellung wie DenkMalKrieg – DenkMalFrieden des ver.di-Kulturforums Bayern
7 sollen an Orten gezeigt werden, wo es kriegsverherrlichende Kriegsmonumente
8 gibt.

Begründung

Wir wollen weder kämpfen oder sterben lernen - noch starben die Soldaten dies- und jenseits der Frontlinien für „uns“, sondern weil sie von Kriegsverbrechern in den Krieg geschickt wurden.

Weit mehr als 150.000 Kriegsmonumente zum Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden nach den verlorenen Weltkriegen, in der Nazizeit, während des „Kalten Krieges“ oder danach errichtet oder werden gerade wieder erneuert, um dem kriegsbedingten Sterben an der Front oder zu Hause nachträglich einen höheren Sinn zu geben. Nur an wenigen Denkmälern sind Friedensformulierungen zu finden.

Entstehung und Geschichte von militaristischen Denkmälern können so nicht nur kritisch dokumentiert, sondern mit Alternativen bzw. Umgestaltungen oder Zusätzen aus einer friedenspolitischen Perspektive begleitet bzw. verändert werden.

Damit sollen Diskussionen über Krieg und Frieden angeregt werden - sowie über die weitgehend versteckten Folgewirkungen, grauenhaften Verletzungen und Verstümmelungen, Traumatisierungen und psychischen Störungen. Es geht bei diesen Aktivitäten um Sensibilität und Nachdenklichkeit gegenüber militaristischen Floskeln und um reale Veränderungen an bestehenden militaristischen Monumenten. Die Gewerkschaft als Teil einer demokratischen Gesellschaft muss ihre Haltung gegen Faschismus und für den Frieden sichtbar vertreten und als Bildungsauftrag verstehen.

Antrag E 133: Kriegsmonumente in NachDenkMale oder Friedensdenkmale wandeln!

Antragsteller*in:	Landesbezirkskonferenz Bayern
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 283
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

1. ver.di setzt sich auf allen Ebenen aktiv dafür ein, dass Kriegsmonumente des Ersten und Zweiten Weltkrieges kritisch hinterfragt und öffentlichkeitswirksam verändert werden.
2. ver.di unterstützt unter anderem bestehende Initiativen, die dieses Ziel verfolgen.
3. Die Ausstellung "DenkMalKrieg – DenkMalFrieden" des ver.di-Kulturforums Bayern soll an Orten gezeigt werden, wo es Kriegsmonumente des Ersten und Zweiten Weltkrieges gibt.

Begründung

Weit mehr als 150.000 Kriegsmonumente zum Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden nach den verlorenen Weltkriegen, in der Nazizeit, während des „Kalten Krieges“ oder danach errichtet oder werden gerade wieder erneuert, um dem kriegs-bedingten Sterben an der Front oder zu Hause nachträglich einen höheren Sinn zu geben. Nur an wenigen Denkmalern sind Friedensformulierungen zu finden.

Entstehung und Geschichte von militaristischen Denkmälern können so nicht nur kritisch dokumentiert, sondern mit Alternativen bzw. Umgestaltungen oder Zusätzen aus einer friedenspolitischen Perspektive begleitet bzw. verändert werden.

Damit sollen Diskussionen über Krieg und Frieden angeregt werden - sowie über die weitgehend versteckten Folgewirkungen, grauenhaften Verletzungen und Verstümmelungen, Traumatisierungen und psychischen Störungen. Es geht bei diesen Aktivitäten um Sensibilität und Nachdenklichkeit gegenüber militaristischen Floskeln und um reale Veränderungen an bestehenden militaristischen Monumenten.

Antrag E 134: Kriegsmonumente in NachDenkMale oder Friedensdenkmale wandeln!

Antragsteller*in:	Bundesfachbereichskonferenz A
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Antrag lfd.-Nr. 283
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 1. ver.di setzt sich auf allen Ebenen aktiv dafür ein, dass Kriegsmonumente des
2 Ersten und Zweiten Weltkrieges kritisch hinterfragt und öffentlichkeitswirksam
3 verändert werden.
- 4 2. ver.di unterstützt unter anderem bestehende Initiativen, die dieses Ziel
5 verfolgen.
- 6 3. Zum Beispiel soll die Ausstellung DenkMalKrieg – DenkMalFrieden des ver.di-
7 Kulturforums Bayern Orten gezeigt werden, wo es etwa kriegsverherrlichende
8 Kriegsmonumente mit Texten wie „lernt glauben – lernt kämpfen – lernt sterben!“
9 oder zum Beispiel „40.000 Söhne der Stadt ließen ihr Leben für Euch“ gibt. Wir
10 wollen weder kämpfen oder sterben lernen – noch starben die Soldaten dies- und
11 jenseits der Frontlinien für „uns“, sondern weil sie von Kriegsverbrechern in
12 den Krieg geschickt wurden.

Begründung

Weit mehr als 150.000 Kriegsmonumente zum Ersten und Zweiten Weltkrieg wurden nach den verlorenen Weltkriegen, in der Nazizeit, während des „Kalten Krieges“ oder danach errichtet oder werden gerade wieder erneuert, um dem kriegsbedingten Sterben an der Front oder zu Hause nachträglich einen höheren Sinn zu geben. Nur an wenigen Denkmälern sind Friedensformulierungen zu finden.

Entstehung und Geschichte von militaristischen Denkmälern können so nicht nur kritisch dokumentiert, sondern mit Alternativen bzw. Umgestaltungen oder Zusätzen aus einer friedenspolitischen Perspektive begleitet bzw. verändert werden.

Damit sollen Diskussionen über Krieg und Frieden angeregt werden – sowie über die weitgehend versteckten Folgewirkungen, grauenhaften Verletzungen und Verstümmelungen, Traumatisierungen und psychischen Störungen. Es geht bei diesen Aktivitäten um Sensibilität und Nachdenklichkeit gegenüber militaristischen Floskeln und um reale Veränderungen an bestehenden militaristischen Monumenten.

Antrag E 135: Wege aus dem Ukraine-Krieg

Antragsteller*in:	Bezirkskonferenz Stuttgart
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Erledigt durch Praxis / Zeitablauf
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Auf Bezirks- und Landesebene werden, in 2022 und 2023 offene
- 2 Diskussionsveranstaltungen für alle ver.di-Gremien angeboten und organisiert.
- 3 Hintergründe des Ukraine-Krieges sollen dort dargestellt und diskutiert werden.
- 4 Ebenso die unterschiedlichen friedenspolitischen Thesen zur Beendigung des Krieges.

Begründung

Es gibt unterschiedliche Auffassungen in der Beurteilung des Russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Zum Beispiel über die Rolle der NATO, über die Notwendigkeit deutscher Waffenlieferungen ins Kriegsgebiet oder über die Aufrüstungspolitik der Ampelregierung.

Als Teil der Gewerkschaftsbewegung hat ver.di Verantwortung, zum Beispiel ihre Mitglieder über Alternativen zur Aufrüstung aufzuklären und die bisher dazu gefassten Beschlüsse und Positionen von ver.di in die Öffentlichkeit zu tragen.

Es gilt eine Spaltung der Organisation zu verhindern. Wir brauchen eine neue Vergewisserung unserer friedenspolitischen Positionen.

Antrag E 136: Bewaffnete Drohnen

Antragsteller*in:	Bundesjugendkonferenz
Status:	Sachgebiet zugeordnet
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme als Arbeitsmaterial zu Antrag lfd. Nr. 1003
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Die ver.di-Jugend sowie die Gesamtorganisation setzt sich dafür ein, dass die
- 2 kürzlich gekauften Heron-TP-Drohnen nicht mit Munition ausgestattet werden und es
- 3 auch keine weiteren Käufe und Einsätze von bewaffneten Drohnen gibt.

Begründung

Nach unserer Satzung § 5.2 heißt es:

ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der natürlichen Umwelt und für eine sozial gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit gleichen Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt ein.

Bewaffnete Drohnen verschärfen Kriegsgeschehen. Denn sie können von weiten Entfernungen eingesetzt werden. Gleichzeitig ist die Fehleranfälligkeit hoch. Wir können schon jetzt beobachten, dass der Einsatz von bewaffneten Drohnen nicht zu weniger Opfern von Soldaten und Zivilist*innen führen. Die Einsätze von bewaffneten Drohnen ist der Einstieg in die vollautomatisierte Kriegsführung. Das lehnen wir entschieden ab.

Nicht alles, was militärtechnologisch als Fortschritt zu werten ist, entspricht ethisch-moralisch unseren Werten. Auch Kampffjetpiloten mögen ihre Ziele nur noch als Koordinaten wahrnehmen, auf die sie ihre Raketen ausrichten – ein Drohnenpilot hingegen hat gar keine physische und damit emotionale Nähe mehr zu seinem Zielobjekt. Er exekutiert per Knopfdruck. So wird ein an sich schon unmenschlicher Krieg noch inhumaner geführt. Und bei allem Verantwortungsbewusstsein deutscher Soldaten gibt es eine reale Gefahr, dass die Hemmschwelle des Raketengebrauchs sukzessive sinkt. Zumal sich mit der Technologie die Grenzen dessen verschieben könnten, was der Bundeswehr laut ihren Einsatzregeln erlaubt ist.